



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

VISAFRAGEN

■ ANALYSE		
Visaerleichterung und -freiheit für Russland: Sachlage und Sachzwänge		2
Von Stefanie Harter, Kiew		
■ KOMMENTAR		
Warum die Diskussion über die Visafreiheit zwischen der EU und Russland zurzeit hoffnungslos ist		6
Von Arkady Moshes, Helsinki		
■ STATISTIK		
Vergabe von Schengen-Visa in Russland		7
■ DOKUMENTATION		
Regulierung und Stellungnahmen zur Visavergabe		10
■ UMFRAGE		
Visa-Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft		12
■ KOMMENTAR		
Russlands fehlende Modernisierung. Konsequenzen für die EU		16
Von Susan Stewart, Berlin		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 2. bis zum 22. September 2011		19
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Aufsätze aus OSTEUROPA 7 und 8–9/2010 mit Russlandbezug		23



Visaerleichterung und -freiheit für Russland: Sachlage und Sachzwänge

Von Stefanie Harter, Kiew

Zusammenfassung

Der neue gemeinsame Stufenplan der EU und Russlands, der Visafreiheit für Kurzaufenthalte festlegt, kann, zur generellen Visafreiheit führen, muss aber nicht. Dies hängt zum einen vom politischen Willen der Verhandlungspartner ab, sich auf ein Nachfolgedokument für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu einigen. Zum anderen ist auch der Verhandlungsfortschritt der EU mit anderen ENP-Ländern im Bereich Visaliberalisierung ein Kriterium, welches berücksichtigt werden muss. Das Reisen wird mittelfristig dennoch erleichtert werden. Die Kosten des bestehenden Visaregimes, die gegenwärtig in keinem Verhältnis zur geringen Ablehnungsrate stehen, werden vermutlich ebenfalls mittelfristig sinken. Ein offizielles Dokument zur Einführung der Visafreiheit mit symbolischem Charakter wird jedoch fehlen.

Einleitung

Am 10. Oktober 2011, so ist es geplant, soll unter polnischer Ratspräsidentschaft der gemeinsame Stufenplan zum visafreien kurzzeitigen Grenzverkehr zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union in Warschau im Rahmen des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz angenommen werden. Zuvor muss das Dokument, welches auf Reziprozität basiert und explizit keine ‚roadmap‘ darstellt, noch vom COREPER, dem Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten, befürwortet und damit von den Mitgliedsstaaten genehmigt werden. Bereits im April 2011 hat die COEST (Arbeitsgruppe für Osteuropa und Zentralasien) dem Plan mit einigen Vorbehalten zugestimmt. Eine offizielle Unterzeichnung – sollte man sich auf das Dokument einigen – ist für den nächsten EU-Russland-Gipfel Ende des Jahres vorgesehen. Die konkrete Implementierung des Plans, der u. a. Sicherheit der Reisedokumente (wie biometrische Reisepässe mit Fingerabdruck), Zusammenarbeit in Asylfragen und Vermeidung illegaler Einwanderung, die effiziente Umsetzung des Rückübernahmeabkommens, einen verstärkten Kampf gegen organisierte Kriminalität, Informationsaustausch an den Grenzübergängen und verbesserte Zusammenarbeit zwischen FRONTEX und den russischen Grenzbehörden vorsieht, soll anschließend erfolgen. Unklar ist bislang, welche juristischen und institutionellen Schritte von russischer Seite unternommen werden müssen, um dem Plan eine rechtliche Bindung zu verleihen.

Um die unmittelbare Einführung der Visumsfreiheit handelt es sich bei dieser Übung jedoch nicht. Wohl ist das Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit Russland im Juli 2010 vollständig in Kraft getreten. Der Visadialog, der im April 2007 zwischen Brüssel und Moskau initiiert wurde und im Rahmen des gemeinsamen Raumes »Freiheit, Sicherheit und Justiz« geführt wird, wird ebenfalls fortgeführt. Er beinhaltet die vier Themenblöcke Dokumentensicherheit, illegale Migra-

tion, öffentliche Sicherheit und Ordnung, sowie Außenbeziehungen und Grundrechte. Das Umfeld, innerhalb dessen die Verhandlungen zwischen der EU und Russland geführt werden, hat sich jedoch verändert. Die Ankündigung Dänemarks, wieder einseitige Grenzkontrollen einzuführen, der Wunsch einiger EU-Mitgliedsstaaten, Artikel 23 des Schengen-Vertrages zu ändern¹, der nationalistischere Grundtenor in den Mitgliedsstaaten der EU, und die Sorge vor vermehrter Einwanderung, die insbesondere durch die Ereignisse im Nahen Osten hervorgerufen wurde, begleiten die innerhalb der EU geführte Debatte um die Abschaffung der Visumpflicht gegenüber den östlichen Nachbarstaaten.

In Russland hingegen wird öffentlich die Bereitschaft signalisiert, jederzeit die Visabestimmungen für Einreisende aus der EU aufzuheben. Die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen wären vorhanden – so Präsident Medwedew – um ein entsprechendes Abkommen umzusetzen. Gleichzeitig wird auf russischer Seite aber auch der Wunsch deutlich, die Verhandlungen über die Visafreiheit zu de-politisieren und damit von einem Nachfolgeabkommen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland (PKA) abzukoppeln. Die Vorstellung, Visafreiheit und weiterführenden politischen Dialog zu trennen, stößt auf Seiten der EU auf ein geteiltes Echo. In diesem breiteren Kontext müssen auch scheinbar technische Fragestellungen wie die Aufhebung der Visapflicht gesehen werden.

¹ Dieser Artikel besagt, dass ein Mitgliedsland berechtigt ist, »im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit« ausnahmsweise an seinen Grenzen wieder Personen zu kontrollieren. Diese Kontrolle ist zeitlich auf höchstens 30 Tage begrenzt. Das hat Deutschland z. B. zur Fußballweltmeisterschaft 2006 zum Schutz vor ausländischen Hooligans getan. Wenn aber dieser Artikel 23 des Schengen-Vertrages geändert werden sollte, dann wäre dazu ein aufwendiges Gesetzgebungsverfahren innerhalb der Union nötig. (<http://de.euronews.net/2011/05/12/den-schengenvertrag-aendern/>)

Zum anderen jedoch – und das erscheint gegenwärtig von noch größerer Bedeutung – ist die Einführung der Visumsfreiheit für Russland auch davon abhängig, wann ein entsprechendes Abkommen mit zumindest einigen Ländern der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), insbesondere Moldawien und der Ukraine, unterzeichnet werden kann. Russland liegt außerhalb der ENP. Sollte eine Visumsfreiheit mit Russland noch vor einem solchen Abkommen z. B. mit der Ukraine vereinbart werden, würde dies die Zielsetzung und Legitimität der ENP maßgeblich diskreditieren. Insbesondere die jüngsten Mitgliedsstaaten der EU setzen sich daher dafür ein, die Visumsfreiheit für Russland zumindest gleichzeitig mit der für die Ukraine und/oder für Moldawien, oder auch für die Kaukasusstaaten, zu garantieren.

Interimslösungen

Solange die Verhandlungen sowohl mit Russland als auch mit den anderen Staaten andauern, werden zwei weitere Diskussionsstränge verfolgt: Zum einen wird der Status der Region Kaliningrad neu definiert. Die Europäische Kommission hat im Juli 2011 den Vorschlag unterbreitet, dem gesamten Gebiet Kaliningrad den Status eines Grenzgebietes zuzuerkennen und damit den lokalen Grenzverkehr spürbar zu erleichtern. Polen hat bereits zuvor mit der Ukraine, Belarus und Kaliningrad ein 30 km breites Grenzgebiet vereinbart, welches den Bewohnern den visumfreien Grenzübertritt ermöglicht.

Zum anderen kann das Visaerleichterungsabkommen überarbeitet werden, um die Einreisebestimmungen für weitere Kategorien von Antragstellern zu lockern. Der neue Visakodex, der im April 2010 für alle Schengen-Mitgliedsstaaten² in Kraft getreten ist, vereinheitlicht insbesondere die Ausstellung von Kurzzeitvisa (Typ »C«). Der Visakodex (Verordnung 810/2009; OJ L 243, 15. September 2009) ist die rechtliche Basis, die die zuvor uneinheitlichen Rechtsvorschriften und Handlungsempfehlungen in der Visavergabe systematisiert. Er harmonisiert die Visavergabepaxis der Schengenländer, legt die Rolle der EU-Delegationen in Drittländern fest, und soll vor allem für Transparenz und Rechtssicherheit für die Antragsteller sorgen. Trotz dieser Vereinheitlichung haben die Konsulate vor Ort durchaus die Möglichkeit, ihre Visavergabepaxis zu flexibilisieren – sei es durch einen vereinfachten Zugang zu Antragsdokumenten, eine Senkung der Gebühren, die Abschaffung der persönlichen Anwesenheitspflicht der Antragsteller

oder auch die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Visa. Die Gültigkeitsdauer von Schengenvisa, die im Maximalfall – abhängig von der Gültigkeit des Reisepasses des Antragsstellers – bis zu fünf Jahre betragen kann, wird nur in den seltensten Fällen ausgeschöpft. *Bona fide*-Regelungen für Antragsteller, die auf eine verlässliche individuelle Reisegeschichte verweisen können, werden recht selten angewandt, obschon der Visakodex hierfür den Spielraum bereithält.

Ähnliches gilt für die Vergabe von Langzeitvisa (Typ »D«), die noch immer von den nationalen Bestimmungen geleitet werden. Diese Visa ermöglichen lediglich den Aufenthalt in dem Land, von welchem das Visum ausgestellt wurde. Auch hier haben die Mitgliedsländer durchaus Spielraum, die Regeln zu liberalisieren.³

Sicherheitsbedenken

Warum einige Schengen-Mitgliedsstaaten diesen Spielraum nur zögerlich ausnutzen, liegt auch an vorherrschenden Bedenken, die sich um Migration, Grenzsicherheit und organisierte Kriminalität ranken. Die Zahlen, die (naturgemäß nur spärlich) zur Verfügung stehen, sollten diese Sorgen eigentlich zerstreuen. Von Russlands Einwohnern haben lediglich etwa 20 bis 25 Millionen einen Reisepass. Etwa 5 Millionen Reisepässe werden jährlich mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren ausgegeben. Ab 2012 sollen nur noch biometrische Pässe ausgegeben werden. Angesichts dieser Zahlen ist die Sorge, dass überproportional viele russische Migranten (inkl. der Migranten aus Drittstaaten, die durch Russland in die EU reisen) in die EU kommen, eigentlich nicht begründet, zumal der Prozentsatz der Emigranten aus Russland, die in die EU gehen, lediglich bei maximal 25 % der Ausreisewilligen liegt. Die Wanderungsströme aus Russland heraus führen vielmehr meist in die anderen GUS-Länder. Allerdings ist die Migrationsroute Russland-Ukraine in beide Richtungen weltweit der breiteste Migrationskorridor nach Mexiko-USA. Gleichzeitig ist die Ukraine das Haupttransitland in die Europäische Union und die Mehrzahl der Migranten, welche in der Ukraine selbst als irregulär aufgegriffen wurden, stammt aus Russland.

Die EU nimmt vor allem qualifizierte Auswanderer auf und leistet damit eher einem russischen brain-drain und einer selektiven Migration Vorschub. Angesichts demografischer Entwicklungen in der EU und einem proklamierten Fachkräftemangel kommt diese

2 1985 war das nach einem kleinen Moselort in Luxemburg benannte Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich und den Benelux-Ländern unterzeichnet worden. Heute gehören 25 Staaten dazu: 22 EU-Staaten sowie die Schweiz, Norwegen und Island. Nicht zum Schengen-Raum gehören die EU-Länder Großbritannien, Irland, Rumänien, Bulgarien und Zypern.

3 Die Verordnung (EU) Nr. 265/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. März 2010 erweitert die Konvention, die die Implementierung sowohl des Schengenabkommens als auch der Verordnung (EC) Nr. 562/2006 regelt, und spezifiziert die Visavergabe der Mitgliedsstaaten der EU bezüglich Personen, die ein Langzeitvisum besitzen.

Migration den wirtschaftlichen Bedürfnissen der EU entgegen. Auch Russland hat ein Interesse an erhöhter Mobilität – allerdings in umgekehrter Richtung. Das Land hat einige Anstrengungen unternommen, um die Migrationspolitik in den eigenen Grenzen liberaler zu gestalten. Institutionelle, rechtliche und infrastrukturelle Veränderungen zeugen von der Zielsetzung, Russland als Immigrationsland attraktiver zu gestalten. In 2011 sind bereits drei föderale Gesetze erlassen worden, die die Registrierungsprozeduren für Ausländer und staatenlose Bürger erleichtern sollen. Vor allem für hochqualifizierte Arbeitskräfte sind die administrativen Erleichterungen zu spüren.

Ähnlich unspektakulär sind die Zahlen für illegale Migranten, die an den Grenzen der Ukraine, Belarus, Moldawiens und Russlands zur EU aufgegriffen wurden, oder welchen die Einreise verweigert wurde. Sie lagen in den Monaten Januar–September 2010 mit 828 Menschen bereits 22 % unter den Zahlen für den Vorjahreszeitraum⁴. Die Europäische Union und Russland haben eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, wie z. B. das Dublin II-Abkommen, welches die Verantwortlichkeiten bei Asylanträgen regelt. Sowohl die EU als auch Russland demonstrieren den Willen zur Kooperation bei Grenzkontrollen, beim Einsatz von Technologie, und beim Aufbau der notwendigen Institutionen, um illegale Migration zu verhindern oder aber auch das Rückübernahmeabkommen umzusetzen.

Auf europäischer Seite ist zudem das Schengen Information System (SIS) eingeführt worden, welches die Ein- und Ausreisedaten von Reisenden in den Schengenraum speichert und sämtlichen involvierten Behörden zugänglich machen soll. Das Visa Informations-System wird ebenfalls zunehmend eingesetzt und ermöglicht das Sammeln biometrischer Daten der Antragsteller und den Datenaustausch unter den Mitgliedsländern. Die Europäische Union ist damit auf eine hohe Qualität der Reisedokumente von Inhabern aus Drittstaaten angewiesen. Entsprechend geltender EU-Politik, gilt Visafreiheit lediglich für die Besitzer biometrischer Pässe. Die Kosten für die vollständige Einführung biometrischer Pässe werden, in der Regel, von den jeweiligen Staatshaushalten getragen.

Wirtschaftliche Implikationen

Die Investitionen, die von der EU und ihren Mitgliedstaaten, aber auch von Russland getätigt werden müssen, um visafreien Grenzverkehr zu realisieren, sind beträchtlich – sollte das gegenwärtige Sicherheitskonzept der EU umfassend umgesetzt werden. Denn die Abschaffung

der Visumpflicht bedeutet nicht, dass es keine Grenzkontrollen mehr geben wird. Im Gegenteil: Die direkten Kontrollen an den Grenzen werden verstärkt, da die Vorprüfung durch die Konsulate entfällt. Voraussetzung hierfür sind unter anderem besser ausgebildete Grenzbeamte sowie eine verbesserte Infrastruktur und technische Ausstattung der Grenzübergänge. Diese Kosten müssen den Kosten gegenüber gestellt werden, die beim gegenwärtigen Visaregime anfallen. Diese umfassen neben den Ausgaben der Antragsteller und den Bürokratiekosten der Konsulate auch Opportunitätskosten der einzelnen Wirtschaftsakteure durch nicht getätigte Investitionen, oder entgangene Aufträge. Schrille Beispiele kommen z. B. aus der Tourismusindustrie, welche mitteilt, dass etwa 20 % aller potentiellen Touristen, also 500.000 Reisende durch die Visumpflicht abgeschreckt und daher für einen Einkommensausfall von durchschnittlich einer Milliarde Euro pro Jahr verantwortlich wären.⁵ Polen hat im Jahr 2009 im Verhältnis zu der Zeit vor dem Schengenbeitritt 20 % weniger Visa für Russen, 60 % weniger Visa für Ukrainer und über 70,5 % weniger Visa für Belarussen ausgestellt. Obschon die Zahlen wieder ansteigen, haben sie bislang noch nicht das Niveau erreicht, welches Polen vor dem Schengenbeitritt hatte.

Die Kosten für die Visabeschaffung sowohl für Individuen und Wirtschaftsunternehmen als auch für die staatlichen Bürokratien stehen kurzfristig betrachtet in keinem Verhältnis zu der geringen Ablehnungsquote der Visaanträge. Diese liegt bei etwa 3 % für Russland. Einige Mitgliedsstaaten der EU, wie z. B. Italien, Spanien, Frankreich oder Finnland, befürworten daher die Abschaffung der Visumpflicht und weisen auf die Vorteile des visafreien Grenzverkehrs hin. Inwieweit das Visaregime Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit privater Unternehmer hat, ist fraglich. Die Ukraine hat unilateral seit dem Jahr 2005 die Visapflicht für Einreisende aus der EU, die sich maximal drei Monate innerhalb einer 180-Tage-Frist in der Ukraine aufhalten wollen, abgeschafft. Dies hat sich bislang aber nicht eindeutig auf die Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt. Vielmehr sind die internen Bestimmungen für Registrierung sowohl in Russland als auch in der Ukraine recht kompliziert, was die Mobilität von ausländischen Fachkräften wiederum einschränkt. Andere Schwierigkeiten, wie mangelnde Rechtssicherheit, diskriminierende Vergabepraktiken im Falle staatlicher Aufträge oder fluide Eigentumsrechte sind sicherlich ausschlaggebender als Visapraktiken, wenn es um Investitionsentscheidungen in den östlichen Nachbarstaaten geht.

4 http://www.frontex.europa.eu/hermes_2011_extended/background_information/

5 <http://english.ruvr.ru/2011/06/25/52375824.html>

Außenpolitische Sachzwänge

Die Entscheidung, wann Russland die Visafreiheit mit der EU erreichen wird, ist eng an die entsprechenden Entwicklungen in der Ukraine und Moldawien geknüpft. Ratsverordnung Nr. 539/2001 (15. März 2001), welche u. a. die Drittländer auflistet, welche unter Visazwang fallen, nennt regionale Kohärenz als einen Aspekt, der die Statusveränderung eines Landes beeinflusst. Die außenpolitischen Erwägungen im Rahmen der ENP und östlichen Nachbarschaftspolitik sind ebenfalls von besonderem Interesse. Während Moldawien Fortschritte bei den Verhandlungen vorweisen kann, ist die Situation in der Ukraine komplizierter. Seit Januar 2008 ist das Visaliberalisierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft. Auf dem Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Prag im Mai 2009 wurde das Ziel, langfristig die volle Visafreiheit für ukrainische Bürger einzuführen, bestätigt. Im November 2010 wurde der Aktionsplan zur Visaliberalisierung der Ukraine vorgestellt, welcher die technischen und institutionellen Voraussetzungen, die die Ukraine zu erfüllen hat, aufzeigt. Er wird in regelmäßigen Abständen auf seinen Fortschritt überprüft. Die Ukraine hat intern im März 2011 einen eigenen rechtlich bindenden Aktionsplan zur Visaliberalisierung eingeführt, um diese Voraussetzungen zu erfüllen. Die vier Themenblöcke entsprechen jenen, die mit Russland verhandelt werden, nämlich Dokumentensicherheit (inkl. Einführung biometrischer Pässe), illegale Migration, öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie Außenbeziehungen und Grundrechte.

Für den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch ist die Fußballeuropameisterschaft 2012 der Wunschzeitpunkt für die Einführung von Visafreiheit für die Ukraine. Daher bemüht sich die Regierung in Kiew, den Forderungen der EU nachzukommen. So sind beispielsweise eine Reihe von Gesetzen, die Migration, den Kampf gegen Korruption, und Verwaltungsgerichtsbarkeit regeln, vom Parlament verabschiedet worden. Da

im Herbst 2012 die Parlamentswahlen anstehen, ist die Visafreiheit von hoher Symbolkraft. Die Ukraine ist aber, im Gegensatz zu Russland, nicht in der Lage, die finanziellen Kosten zu tragen, die z. B. für die Demarkation der Grenzen, die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen an den Grenzübergängen, die Einführung biometrischer Pässe und die Einrichtung von Gebäuden für die Unterbringung von Migranten und Asylsuchenden anfallen. Ebenso hinkt die Umsetzung der Gesetze ihrer Verabschiedung hinterher. Inwieweit die Voraussetzungen rechtzeitig von ukrainischer Seite erfüllt werden, ist daher fraglich. Die gegenwärtige politische Situation in der Ukraine ist aus Sicht der EU nicht geeignet, finanzielle und diplomatische Zugeständnisse zu machen, die von der jetzigen Regierung als Eigenleistung präsentiert werden könnten.

Resümee

Der grundsätzliche Unterschied zwischen der russischen und der europäischen Herangehensweise an die Abschaffung der Visumpflicht liegt zum einen darin, dass Russland die Verhandlungen über die Visumsfreiheit von anderen politischen Fragen losgelöst betrachtet. Vielmehr sollen die Außenpolitik, aber auch die Visapolitik, in den Dienst der Modernisierung des Landes gestellt werden. Es besteht der Eindruck, dass Visafreiheit in ein ökonomisch ausgerichtetes EU-Russland-Modernisierungsprojekt eingebettet werden soll. Die EU hingegen vertritt die Auffassung, dass die Querverstrebungen zu demokratischen Werten und politischer Reform nicht ausgeblendet werden können. Zudem werden die Verhandlungen in einen breiteren außenpolitischen Kontext, wie die Europäische Nachbarschaftspolitik, gesetzt. Auch wenn die wirtschaftlichen Folgen einer Abschaffung der Visumpflicht sicherlich nicht so signifikant sind, wie bisweilen behauptet, so würde sich das politische Signal doch positiv auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland auswirken.

Über die Autorin

Dr. Stefanie Harter ist seit September 2010 Mitarbeiterin an der Delegation der Europäischen Union in der Ukraine. Zwischen 2004 und 2009 war sie an der Delegation der Europäischen Kommission in Russland tätig und zwischenzeitlich bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) beschäftigt.

Der vorliegende Text spiegelt nicht die offizielle Meinung der Europäischen Union oder einer ihrer Institutionen wider, sondern kann lediglich der persönlichen Meinung der Autorin zugeschrieben werden.

Lesetipps

- Minna-Mari Salminen, Arkady Moshes: Practice what you preach. The prospects for visa freedom in Russia-EU relations. The Finnish Institute for International Affairs, Report 2009 – 18, http://www.fiaa.fi/assets/events/FIIA_Report_18_2009.pdf
- Migration between Russia and the European Union. Policy Implications from a small-scale study of irregular migrants. International Organisation for Migration 2010, www.iom.org/Russia
- Nico Popescu: On EU-Russia visa free travel (Part 1), <http://blogs.euobserver.com/popescu/2011/09/15/on-eu-russia-visa-free-travel-part-1/>

Warum die Diskussion über die Visafreiheit zwischen der EU und Russland zurzeit hoffnungslos ist

Von Arkady Moshes, Helsinki

Die Diskussion darüber, ob, wann und wie die Europäische Union und Russland die geltenden Visa-Regelungen im wechselseitigen Reiseverkehr aufheben könnten, ist fast ein Jahrzehnt alt. Schon 2005 beschloss die Parteien ein Abkommen über die Liberalisierung der Visaordnung, das 2007 in Kraft trat und das als ein Schritt in Richtung des offiziell erklärten langfristigen Ziels betrachtet wurde – die Visafreiheit.

Dennoch, realistisch gesehen, verdienen die bislang erreichten Ergebnisse eher eine sarkastische als eine lobende Stellungnahme. Zwei Dinge laufen jetzt anders als vorher. Erstens sind die Inhaber diplomatischer Pässe von Visaauflagen befreit worden. Und zweitens wurden tausende von Jobs in den zahlreichen neu eröffneten Visazentren in ganz Russland geschaffen. Zugegeben, sie bringen die Leute zwar tatsächlich weg von den konsularischen Einrichtungen der EU-Länder, verkürzen aber kaum die Zeit der Antragsbearbeitung und erhöhen zwangsläufig die Kosten für die Bewerber; sonst könnten diese Dienste nicht finanziert werden.

Die Ergebnisse sind also – ganz ohne Ironie – nicht überzeugend. Es stimmt, einige Gruppen russischer Bürger, wie Forscher, Sportler, Geschäftsleute und nahe Verwandte von EU-Bürgern, die in der Praxis schon früher privilegiert waren, konnten ihre Reisemöglichkeiten im Zuge der Visaliberalisierung noch vergrößern – dank längerfristiger Visa für mehrfache Einreisen, die nun für sie verfügbar sind. Aber die anderen Reisenden haben gar nichts gewonnen.

Vor allem aber: Das Ziel der allgemeinen Visafreiheit bleibt genau da, wo es anfänglich war – jenseits des Horizonts. Traditionelle Skeptiker, wie Paris oder Berlin, wiederholen das Mantra, dass die neue Ordnung nicht früher als in 10–15 Jahren eingeführt werden kann, was allein ausreicht um das Thema irrelevant für die derzeitige Tagesordnung zu machen, da dieser Zeitrahmen praktische Vorbereitungen und Planung aufseiten der EU ausschließt.

Inzwischen haben einige bekannte Fürsprecher der Visafreiheit mit Russland ihre Unterstützung zurückgezogen. Zum Beispiel lehnte Finnlands Innenministerin Päivi Räsänen Mitte August 2011 die Idee öffentlich ab. Die angeführten Gründe – die steigende Arbeitsbelastung für die Grenzpolizei, wenn alle Kontrollen direkt an der Grenze durchgeführt werden müssen, und die Existenz einer Risikogruppe, deren Visaanträge zurzeit von den Botschaften abgelehnt werden – sind erstens technisch und zweitens schon von Anfang an bekannt. Trotzdem konnten diese Faktoren in früheren Jahren

die politische Position der finnischen Regierung nicht beeinflussen. Jetzt tun sie es aber.

Die Ursache dafür, dass es so wenig Fortschritt in der Position der EU gibt, ist so einfach wie bedauernswert. Um die Sache beim Namen zu nennen: Es ist der Mangel an Vertrauen und Zuversicht. Die nationalen Regierungen in der EU und auch Brüssel glauben nicht, dass die gegenwärtigen russischen Behörden fähig sind, die notwendigen Sicherheitsstandards der nationalen Reisedokumente zu gewährleisten. Und angesichts des unaufhörlichen Flusses von Nachrichten über russische Korruption und den allgemein beklagenswerten Zustand des Gesetzesvollzugs in diesem Land wäre es höchst verwunderlich, wenn sie anders empfinden würden.

Für europäische Entscheidungsträger ist es schwer zu glauben, dass die russischen Behörden sich ernsthaft um die Reisefreiheit bemühen. Nachdem Moskau vor einigen Jahren Beschränkungen für Reisen der eigenen Bürger – ganz zu schweigen von Ausländern – in Russlands Grenzgebieten eingeführt hat, sieht sein Ersuchen um grenzüberschreitende Reisefreiheit viel weniger glaubwürdig sowie definitiv nicht wechselseitig aus, da es in Europa einfach undenkbar ist riesige Gebiete für Reisen zu sperren. Folglich vermuten die Europäer, dass all das russische Drängen auf Visafreiheit am besten durch das Verlangen der Reichen des Landes zu erklären ist, diese letzte kleine Barriere zwischen ihnen und ihren ausländischen Immobilien, ihren Ferienzeilen oder – in einigen Fällen – ihrem Asyl zu beseitigen.

Schließlich betrachten die Europäer Russland immer weniger als einen attraktiven Partner. In seiner gegenwärtigen Form ist es nicht interessant genug für massenhaften Tourismus oder Geschäftsaktivitäten mittelständischer Unternehmen. Deshalb gibt es in Europa keine interne Lobby. Durchschnittsbürger haben – sofern sie über Geld verfügen – viele andere visafreie Zielländer zur Auswahl, während große Gashändler offensichtlich nicht Schlange stehen müssen, um ihre Visa für Moskau zu bekommen, so dass sie nicht einmal verstehen, was das Problem ist.

Alles in allem bleibt der Visadialog zwischen der EU und Russland das bedauerliche Symbol der stagnierenden bilateralen Beziehungen, die auf der obersten politischen und diplomatischen Ebene als »strategisch« bezeichnet werden, aber erfolglos sind beim Erzielen von Ergebnissen, die für die Bevölkerung sinnvoll und wichtig wären.

*Übersetzung aus dem Englischen: Frauke Rubart
Informationen über den Autor und Lesetipp auf der
nächsten Seite*

Über den Autor

Dr. Arkady Moshes arbeitet am Finnischen Institut für Internationale Beziehungen in Helsinki, wo er Direktor des Forschungsprogrammes zur Östlichen Nachbarschaft der EU und Russland ist.

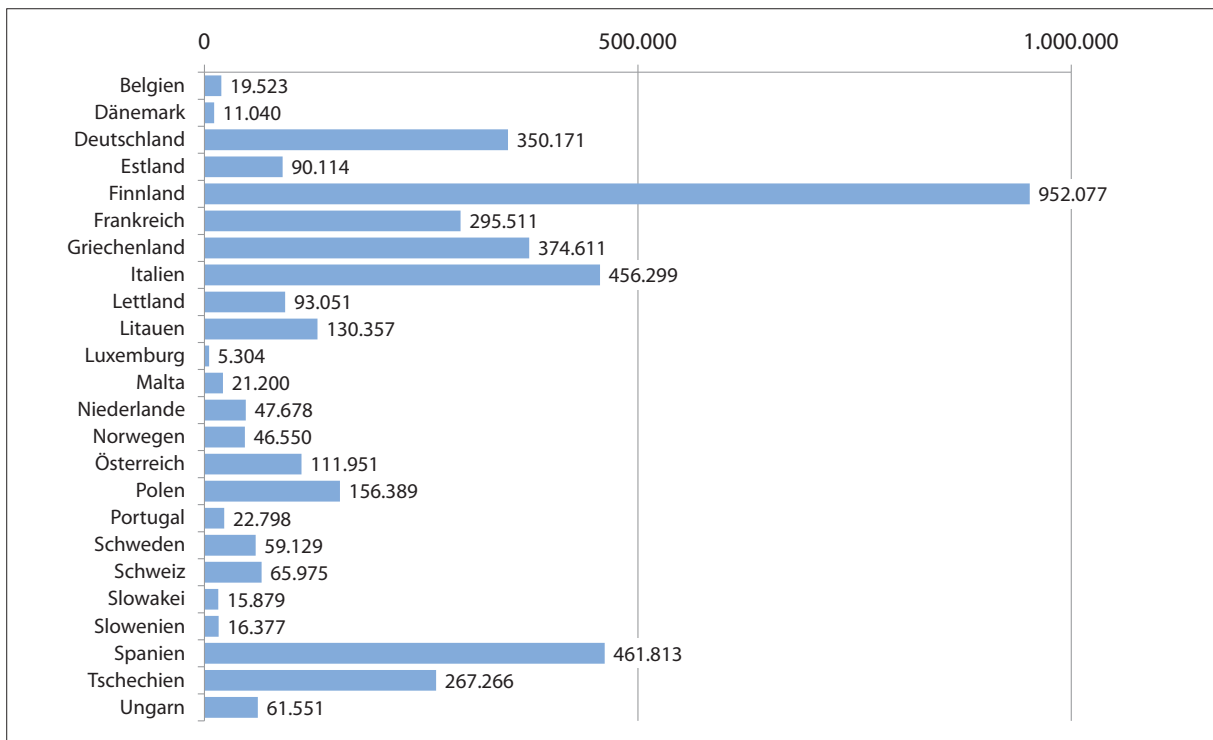
Lesetipp:

Minna-Mari Salminen, Arkady Moshes: Practice what you preach. The prospects for visa freedom in Russia-EU relations. The Finnish Institute for International Affairs, Report 2009 – 18, http://www.fia.fi/assets/events/FIIA_Report_18_2009.pdf

STATISTIK

Vergabe von Schengen-Visa in Russland

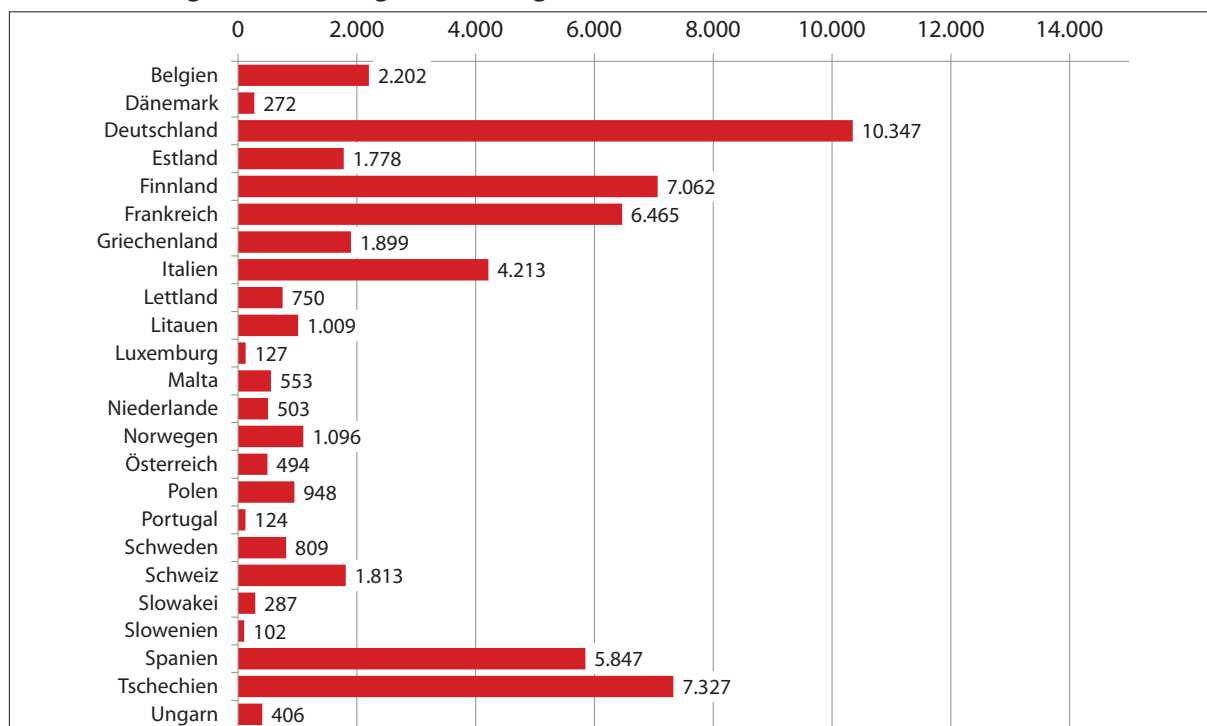
Grafik 1: Ausgegebene Schengen-Visa in Russland 2010



Anmerkung: Erfasst werden Visa der Kategorien A, B und C. A: Visa für den Flughafen transit; B: Transitvisum für das Durchqueren eines oder mehrerer Schengenstaaten per Landweg; C: Schengenvisum für einen Aufenthalt.

Quelle: Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/home-affairs/policies/borders/borders_visas_en.htm)

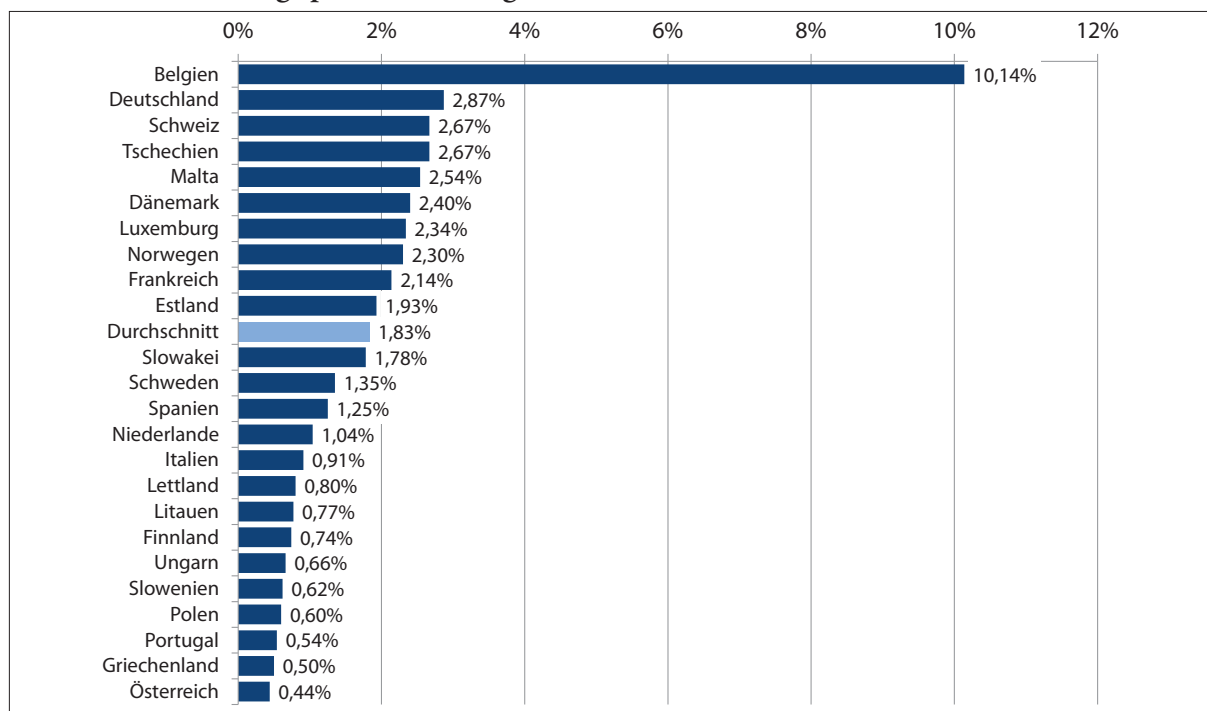
Grafik 2: Abgelehnte Anträge für Schengen-Visa in Russland 2010



Anmerkung: Erfasst werden Visa der Kategorien A, B und C. A: Visa für den Flughafen transit; B: Transitvisum für das Durchqueren eines oder mehrerer Schengenstaaten per Landweg; C: Schengenvisum für einen Aufenthalt.

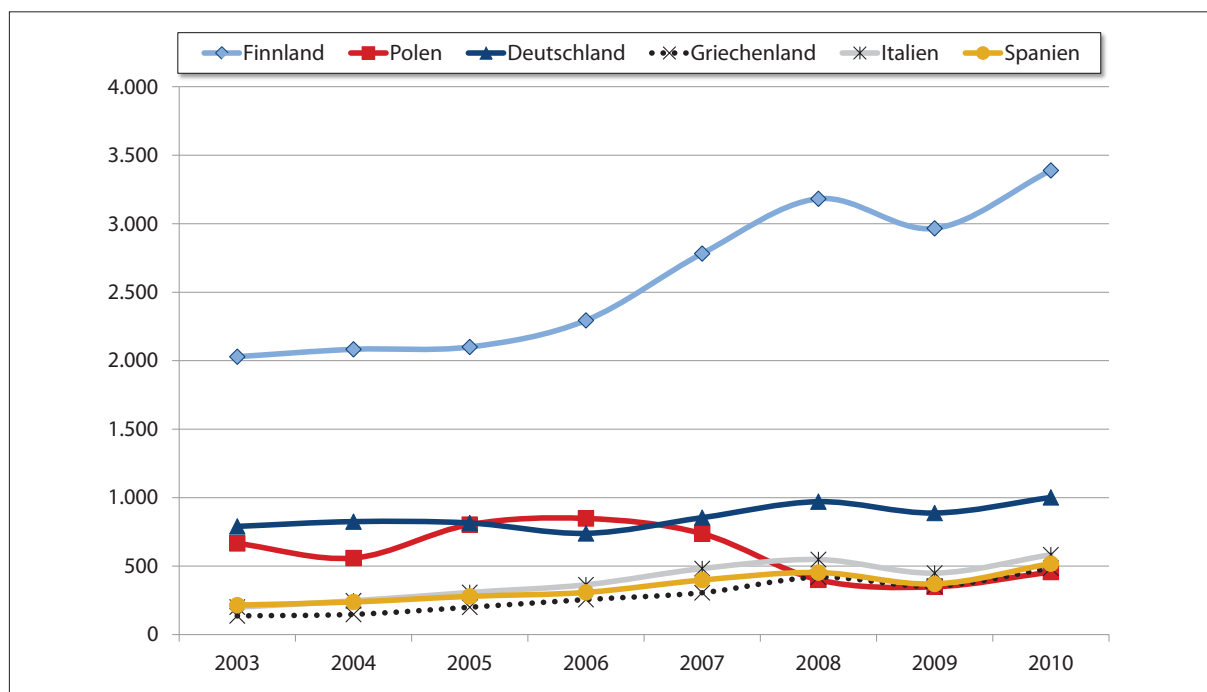
Quelle: Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/home-affairs/policies/borders/borders_visa_en.htm)

Grafik 3: Ablehnungsquote bei Schengen-Visa in Russland 2010



Quelle: eigene Berechnung nach Grafiken 1 und 2

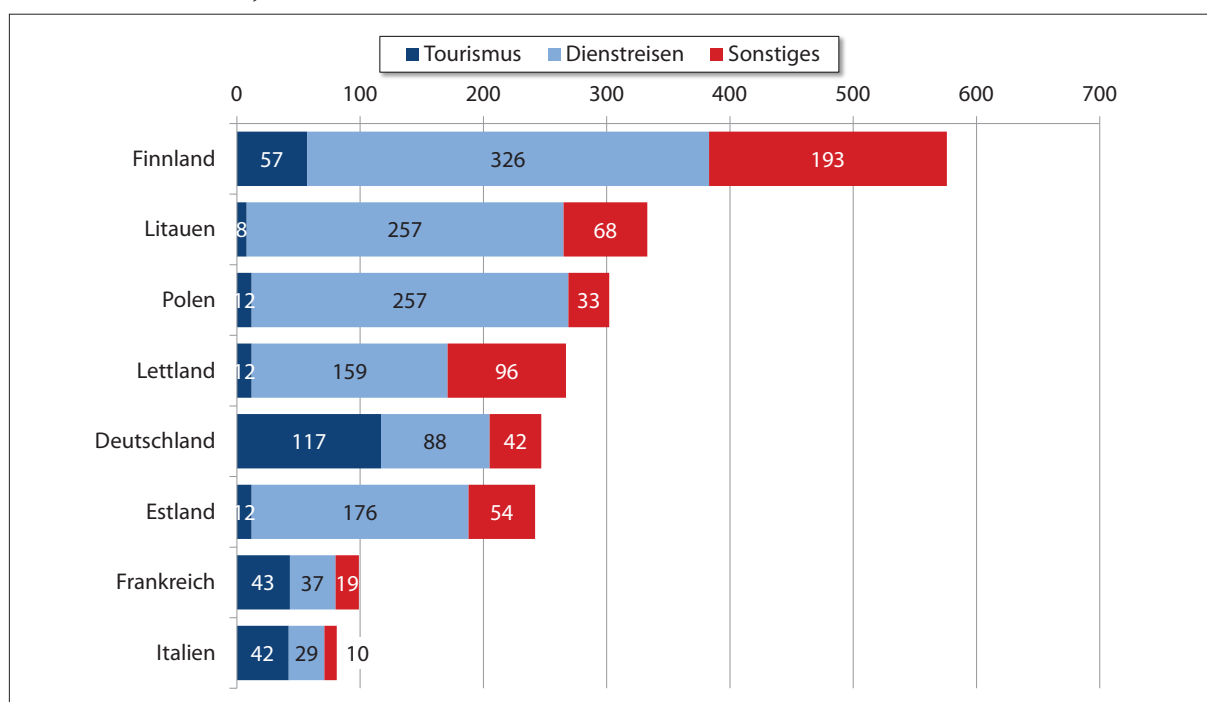
Grafik 4: Reisen von russischen Bürgern in ausgewählte Schengen-Staaten 2003–2011 (in Tsd.)



Anmerkung: Aufgeführt sind alle Schengen-Staaten (außer Baltikum) mit über 400.000 Einreisen aus Russland im Jahr 2010.

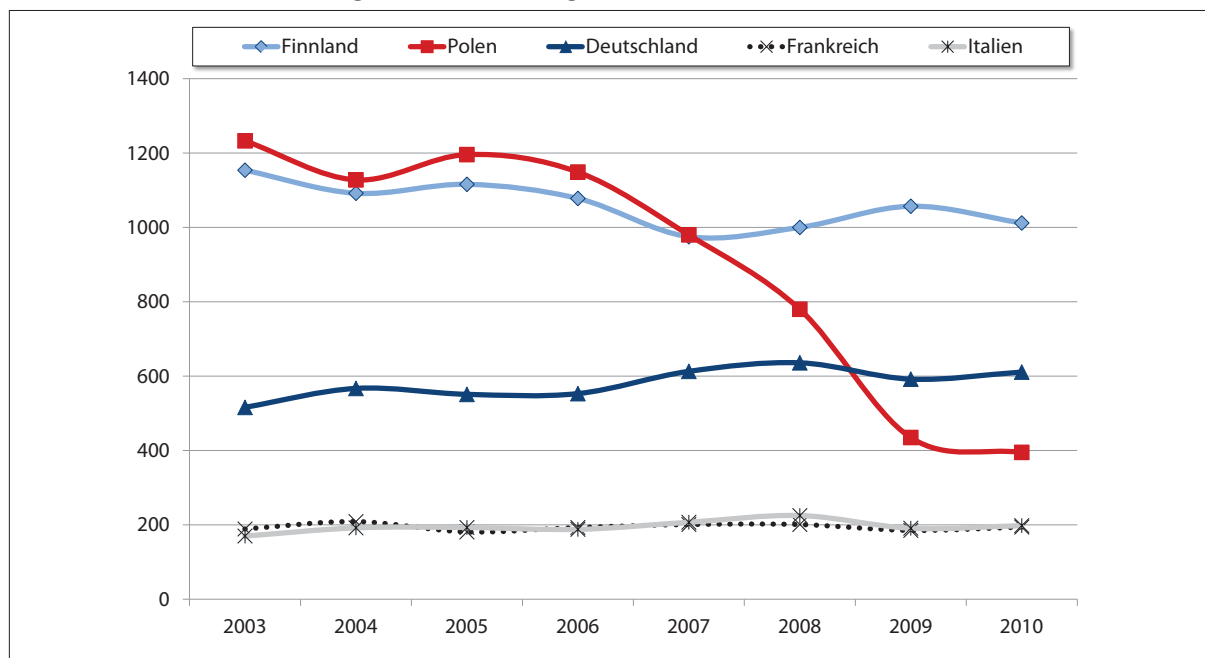
Quelle: Russische Föderale Agentur für Tourismus, <http://www.russiatourism.ru/rubriki/-1124140229/>

Grafik 5: Einreise aus ausgewählten Schengen-Staaten nach Russland (1. Halbjahr 2011, in Tsd.)



Anmerkung: Erfasst werden nur Schengen-Staaten mit insgesamt mindestens 50.000 Einreisen nach Russland.

Quelle: Russische Föderale Agentur für Tourismus, <http://www.russiatourism.ru/rubriki/-1124140228/>

Grafik 6: Einreise aus ausgewählten Schengen-Staaten nach Russland 2003–2010 (in Tsd.)


Quelle: Russische Föderale Agentur für Tourismus, <http://www.russiatourism.ru/rubriki/-1124140228/>

DOKUMENTATION

Regulierung und Stellungnahmen zur Visavergabe

Voraussetzung für die Erteilung von kurzfristigen Visa (Schengen-Visa)

Seit dem 5. April 2010 bildet die Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) die in sämtlichen Schengen-Staaten unmittelbar geltende europarechtliche Grundlage für die Erteilung von Visa für die Durchreise durch das Schengen-Gebiet oder für kurzfristige Aufenthalte im Schengen-Gebiet von höchstens 90 Tagen je Sechsmonatszeitraum.

Der Visakodex normiert die Visumerteilungsvoraussetzungen, deren Vorliegen im Rahmen des Visumverfahrens von der Auslandsvertretung geprüft werden müssen. Die zuständige Auslandsvertretung entscheidet über die Visumerteilung im Rahmen einer Ermessensentscheidung, in die sämtliche Umstände des jeweiligen Einzelfalles einfließen.

Ein Anspruch auf Erteilung eines Schengen-Visums besteht nicht.

Das Vorliegen folgender Visumerteilungsvoraussetzungen muss von der Auslandsvertretung bei jedem einzelnen Visumantragsteller positiv festgestellt werden:

1. Plausibilität und Nachvollziehbarkeit des Reisezwecks in Deutschland
2. Finanzierung der Lebenshaltungs- und Reisekosten aus eigenem Vermögen bzw. Einkommen
3. Bereitschaft des Visuminhabers, vor Gültigkeitsablauf des Visums wieder aus dem Schengen-Raum auszureisen,
4. Vorlage einer für den gesamten Schengen-Raum und für die gesamte Aufenthaltsdauer gültigen Reisekrankenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 30.000 Euro.

Ist der Nachweis einer eigenen Finanzierung nicht möglich, kann die Finanzierung durch Abgabe einer förmlichen Verpflichtungserklärung gemäß §§ 66, 68 des Aufenthaltsgesetzes durch eine dritte Person nachgewiesen werden.

Zuständig zur Entgegennahme einer solchen Erklärung ist in der Regel die Ausländerbehörde am Wohnort des sich Verpflichtenden.

Personen, deren Einreise in den Schengen-Raum die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in den Schengen-Staaten gefährden würde oder die eine oder mehrere der oben genannten Erteilungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können kein Visum erhalten.

Im Falle der Ablehnung eines Visumantrags werden dem Antragsteller die für die Ablehnung maßgeblichen Gründe mitgeteilt. Gegen die Entscheidung der Auslandsvertretung steht jedem Antragsteller der Rechtsweg offen.

Quelle: Auswärtiges Amt (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/Visabestimmungen_node.html#doc350344bodyText2)

Expertenrunde bestätigt – zügige Erleichterungen in der Deutsch-Russischen Visapraxis sind dringend nötig (Pressemitteilung vom 8. September 2011 von Franz Thönnies MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses)

Anlässlich der 2. Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages zur Visa-Liberalisierung mit Russland, die am 7. September 2011 im Deutschen Bundestag stattgefunden hat, erklärt der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Russland, Franz Thönnies:

Der gestrige Dialog zwischen Abgeordneten aller Fraktionen aus den Bereichen Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und der Tourismusbranche macht einmal mehr deutlich, wie groß die Belastungen und Hindernisse durch die derzeitigen Visaregelungen auf deutscher und russischer Seite sind. Alle geladenen Experten unterstrichen den großen wirtschaftlichen Schaden und Imageverlust für Deutschland insbesondere durch das zeitintensive und umständliche Verfahren.

2010 besuchten nach Angaben der Zentrale des Deutschen Tourismusverbandes 1,5 Mio. russische Touristen Deutschland, bis jetzt sind es bereits 850.000 im Jahr 2011. Damit stellt Russland einen der größten Quellmärkte für den deutschen Tourismus dar. Und die Zahl der Beschwerden über die Praxis der Erfahrungen bei der Visabeantragung und -erteilung seien hoch.

Auch bei Austausch- und Förderprogrammen sowie bei internationalen Veranstaltungen können geladene russische Teilnehmer häufig nicht dabei sein, weil z. B. Visa aufgrund formaler Fehler nicht ausgestellt wurden, oder durch die große zeitliche Verzögerung bis zur Visaerteilung die Reise nicht angetreten werden konnte. Dies bestätigten die Vertreter des Deutsch-Russischen Forums und des Deutsch-Russischen Austauschs wie auch der Stiftung West-Östliche Begegnungen und des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften.

Insgesamt waren sich die Experten aus den zivilgesellschaftlichen Bereichen einig, dass dringend von deutscher Seite angemessene Schritte zu deutlichen Erleichterungen insbesondere in der Verfahrenspraxis in den deutschen Vertretungen unternommen werden müssten. In anderen Auslandsvertretungen wie z. B. der Finnlands oder Frankreichs ist dies deutlich unkomplizierter. Ziel muss deshalb eine einheitliche und bürgerfreundliche Handhabung des Schengener Visaverfahrens sein. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, für die für den 28. September 2011 geplante öffentliche Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages einen gemeinsamen Forderungskatalog in Ergänzung zu den vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft formulierten Erwartungen vorzulegen.

Wir begrüßen ausdrücklich dieses Vorhaben. Denn Sinn und Zweck der Anhörung soll es sein, aus allen Bereichen der Gesellschaft Expertise für eine erleichterte Visapraxis zu erhalten. Wir wollen diesen Prozess so voranbringen, dass die Visaverfahren nicht weiterhin den Ausbau der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland behindern. Dabei gilt es die Bundeskanzlerin beim Wort zu nehmen, wenn sie beim 11. Petersburger Dialog im Juli dieses Jahres einräumte: »Deutschland war hier bisher der Bremsen, nicht Europa« und es gleichzeitig als »wünschenswert« bezeichnete, sowohl für Wirtschaftskontakte als auch für Touristen und Studierende den Austausch zwischen beiden Ländern zu vertiefen.

In ihren weiteren Sitzungen wird sich die Interfraktionelle Arbeitsgruppe auch mit den wichtigen sicherheitsrelevanten Aspekten befassen. Dabei wird zu bewerten sein, ob die aufgewendeten Verwaltungskosten und die Bürokratie der Visapraxis im Verhältnis zur erwünschten und realen erzeugten Sicherheit stehen und ob die berechtigten Sicherheitsinteressen gegen Kriminalität und die Bekämpfung terroristischer Risiken nicht auch mit anderen organisatorischen und technischen Mitteln wirksam erfüllt werden können.

Einreisebürokratie schreckt Fachkräfte ab

Dietrich Creutzburg, Handelsblatt, 9.9.2011, S. 23

[...] Der Nationale Normenkontrollrat (NKR), der im Auftrag der Bundesregierung den Bürokratieabbau vorantreiben soll, hat nun an einem praktischen Fall aufgezeigt, um wie viel einladender sich Deutschland allein schon durch eine bessere Verwaltungspraxis präsentieren könnte: Die Erteilung von Einreisevisa für ausländische Fachkräfte ließe sich drastisch beschleunigen – ohne irgendein Gesetz zu ändern. [...]

Bisher dauert es nach den Erkenntnissen des NKR im Schnitt 44 Tage, also mehr als sechs Wochen, bis ein beantragtes Visum fertig ist. Dabei beträgt die Zeit für die eigentliche Bearbeitung der Unterlagen bei diversen Behörden im Schnitt nicht einmal fünf Stunden. Das hat das Statistische Bundesamt erhoben. Der Rest der Zeit geht durch Postwege und sogenannte Liegezeiten verloren. [...]

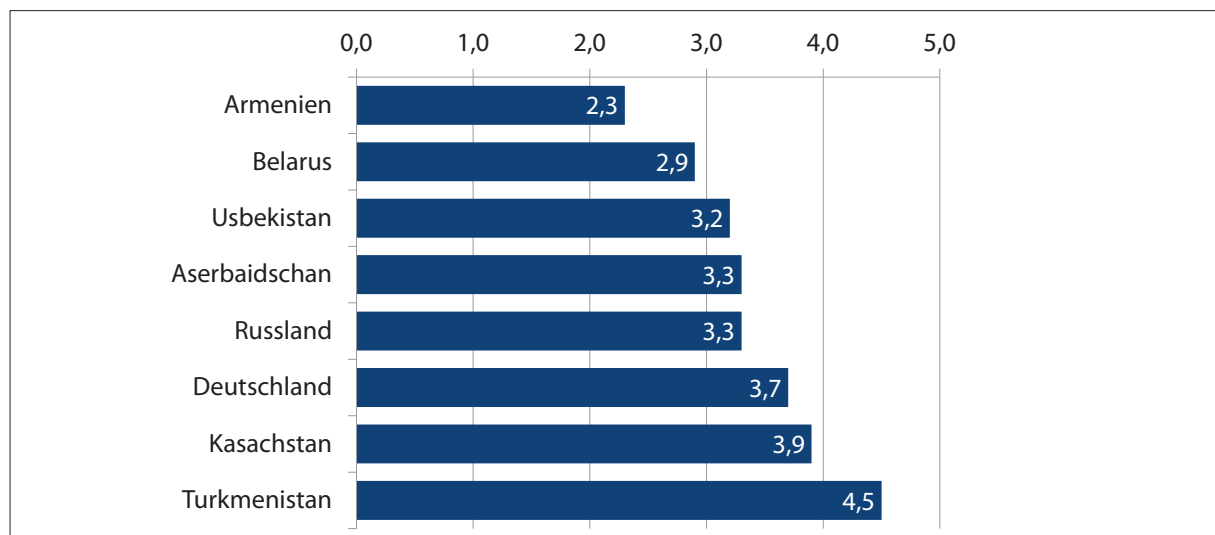
UMFRAGE

Visa-Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Im April und Mai 2011 führte der Ost-Ausschuss eine Umfrage zum Thema Visa-Vergabe unter seinen Mitgliedsunternehmen und Partnerorganisationen durch, an der sich rund 200 Firmen beteiligten. Die Fragen bezogen sich sowohl auf die Visa-Vergabepaxis osteuropäischer als auch deutscher Behörden. Die beteiligten Unternehmen stellen einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Wirtschaft dar: Je ein Drittel der Antworten entfiel auf kleine Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern, ein Drittel auf Mittelständler mit bis zu 1000 Mitarbeitern und ein weiteres Drittel auf Unternehmen mit über 1000 Mitarbeitern.

In der Umfrage erhielten die Konsulate von Armenien (Note 2,3) und Belarus (2,9) für Ihre Visa-Vergabepaxis die besten *Noten*. Im Mittelfeld landeten Usbekistan (3,2), Russland (3,3) und Aserbaidschan (3,3). Vergleichsweise schlecht fiel die Note für die Visa-Vergabepaxis deutscher Behörden an osteuropäische Staatsbürger aus (3,7). Schlechter schnitten in der Umfrage nur noch die Konsulate Kasachstans (3,9) und Turkmenistans (4,5) ab.

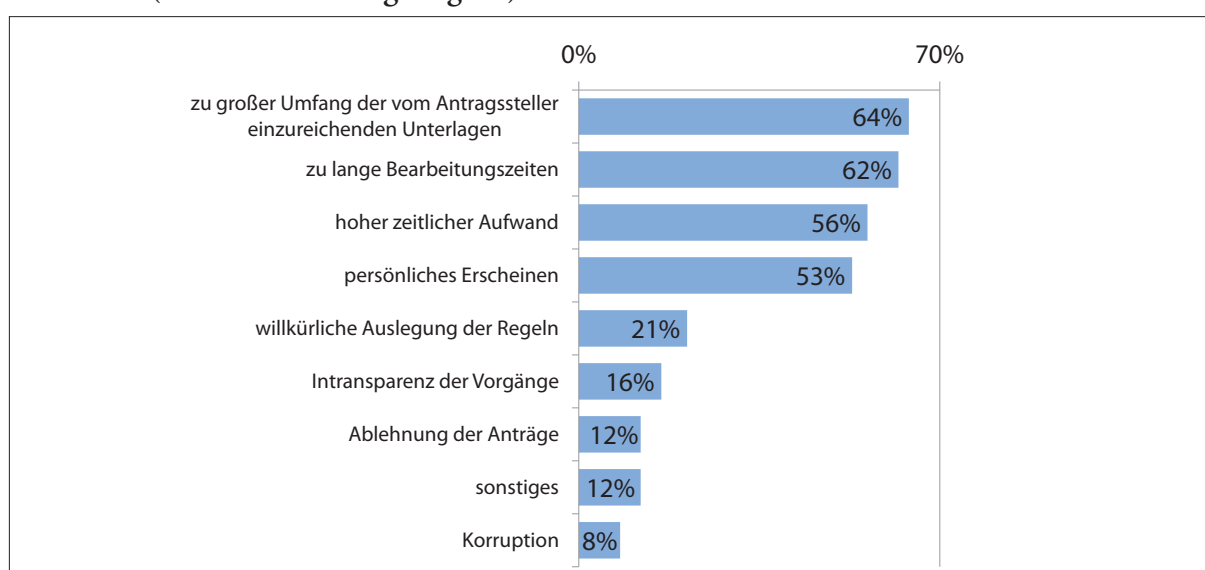
Grafik 1: Mit welcher Note von 1 bis 6 würden Sie die Visa-Vergabepaxis der folgenden Länder bewerten?



Immer wieder wird in den Fragebögen auf eine angeblich *unhöfliche Behandlung* osteuropäischer Visa-Antragssteller durch Mitarbeiter deutscher Konsularabteilungen hingewiesen. Nach Deutschland eingeladene Geschäftspartner würden bisweilen »wie Bürger zweiter Klasse behandelt«. Die Beantragung von Visa in anderen EU-Vertretungen wird als Notlösung gesehen, wenn von deutscher Seite kein kurzfristiges Visum zu bekommen ist.

Die *größten Probleme* bei der Visa-Vergabe sind für 64 Prozent der Unternehmen die schiere Menge der einzureichenden Unterlagen. Über zu lange Bearbeitungszeiten klagten 62 Prozent der Unternehmen, weitere 56 Prozent über den hohen zeitlichen Aufwand. 53 Prozent kritisieren die Notwendigkeit, im Konsulat persönlich zu erscheinen. Korruption, so ein Ergebnis der Umfrage, spielt bei der Visa-Vergabe nur eine geringe Rolle (8 Prozent).

Grafik 2: Welche Probleme/Mängel beobachten Sie bei der Visa-Vergabe am häufigsten? (Mehrfachnennung möglich)



Bezüglich der *Ukraine*, die bereits im Jahr 2005 einseitig Reisevisa für EU-Bürger abgeschafft hat, ohne dass die EU diesem Schritt bislang gefolgt ist, würde eine Mehrzahl der befragten Unternehmen die sofortige Abschaffung der Visa-Pflicht (43 Prozent) oder zumindest eine Testphase für eine visafreie Einreise in die EU während der Fußball-Europameisterschaft (20 Prozent) begrüßen. 35 Prozent der Befragten sind aktuell gegen eine Abschaffung der Visa-Pflicht für ukrainische Staatsbürger.

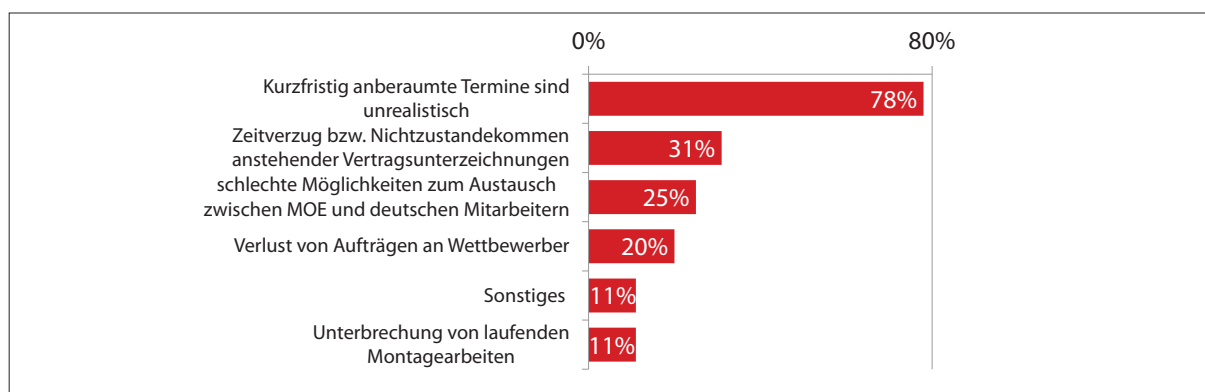
Finanzieller Aufwand und Einnahmeausfälle

Wirtschaftlich wirkt sich die Visa-Pflicht negativ aus, weil kurzfristig anberaumte Termine nicht durchführbar sind. Dies bemängelten 78 Prozent der Unternehmen. 31 Prozent klagten über Zeitverzögerungen bei oder gar über das Scheitern von Vertragsunterzeichnungen. In einem Fall spricht ein Unternehmen von einem Schaden in Millionenhöhe.

Für 39 von 200 Unternehmen (20 Prozent) gingen durch Visa-Probleme bereits Aufträge an Wettbewerber verloren.

Hinzu kommt der finanzielle Aufwand für die Beantragung von Visa, inklusive Reisen zu Ausgabestellen und Personalkosten. Dieser liegt im Durchschnitt aller Unternehmen, die hierzu Stellung nahmen, bei 33.400 Euro, wobei die Kosten für große Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern im Schnitt bei 102.000 Euro pro Jahr liegen. 127 von 200 Unternehmen hatten ihre jährlichen Kosten beziffert. Dabei kam eine Gesamtsumme von 4,24 Millionen Euro zusammen.

Grafik 3: Welche wirtschaftlichen Probleme sind Ihnen konkret entstanden?
(Mehrfachnennung möglich)



Zu den wirtschaftlichen Kosten hinzuzählen muss man noch den enormen Aufwand, der in Visa-Stellen und an den Grenzen entsteht, um Visa-Anträge zu bearbeiten und zu kontrollieren. Konkrete Zahlen liegen hier nicht vor. Eine ungefähre Vorstellung der *Gesamtkosten* vermittelt aber die folgende Rechnung:

Im Jahr 2010 stellten deutsche Behörden rund 350.000 Schengenvisa an russische Antragsteller aus. Russische Behörden wiederum gaben 470.000 Visa an deutsche Staatsbürger aus. Dies sind zusammen 820.000 Visa. Legt man für jedes Visum einen finanziellen Aufwand von im Schnitt 200 Euro zugrunde (Gebühren, Reisekosten zum Konsulat, Personalkosten, Kosten für die Erstellung von Dokumenten, Kosten für die Prüfung etc.), *so verursacht allein die Visa-Pflicht zwischen Deutschland und Russland Jahr für Jahr Kosten in Höhe von 162 Millionen Euro*, die Antragsteller und Behörden gemeinsam aufbringen müssen. Diese Durchschnittszahl ist konservativ berechnet, denn ein einzelnes Expressvisum oder Jahresvisum kostet Antragsteller schnell bis zu 500 Euro Gebühren, wobei ein Heer von Zwischenhändlern hier gerne die Hände aufhält. Und russische Antragsteller müssen sich in der Regel zur Beantragung und zur Abholung eines Visums auf einem deutschen Konsulat einfinden und dabei angesichts der Größe des Landes mitunter Tagesreisen auf sich nehmen.

Bedenklich ist auch die folgende Zahl: *56 Prozent der Unternehmen, die an unserer Umfrage teilnahmen, würden im Falle vollkommener Visa-Freiheit mehr in Russland und/oder der EU investieren*. Dies zeigt deutlich, welches Investitionshindernis die Visa-Pflicht darstellt und welche zusätzlichen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung von ihrer Abschaffung ausgehen würden.

Am deutlichsten sichtbar werden die *wirtschaftlichen Chancen im Tourismus*. Nicht von ungefähr sind Montenegro und die Türkei zu den bevorzugten Urlaubszielen der wachsenden russischen Mittelschicht aufgestiegen: Montenegro verzichtet auf ein Visum von russischen Reisenden, die Türkei hat das Visum jahrelang unbürokratisch bei der Einreise ausgestellt und es dann im April 2011 für Aufenthalte von bis zu 30 Tagen ganz abgeschafft. Als direkte Folge wird für 2011 ein Anstieg der russischen Touristen in der Türkei um eine Million auf dann vier Millionen Reisende erwartet.

Wenn man alle Posten zusammenrechnet:

- direkte Kosten durch Bürokratie in den Unternehmen
- Verluste durch geplatze Geschäfte
- verhinderte Investitionen und Einnahmen aus dem Tourismus
- Verwaltungskosten in den Konsulaten und an den Grenzen

so kann man sagen, dass allein die Visa-Pflicht mit Russland die europäische Wirtschaft und die Steuerzahler *jährlich hunderte von Millionen Euro* kostet. Die Abschaffung der Visa-Pflicht wäre ein europäisches Konjunkturprogramm zum Nulltarif, das die Bremsen bei Investitionen löst und von Jahr zu Jahr mehr Rendite abwerfen wird.

Visa-Pflicht zwischen Russland und der EU

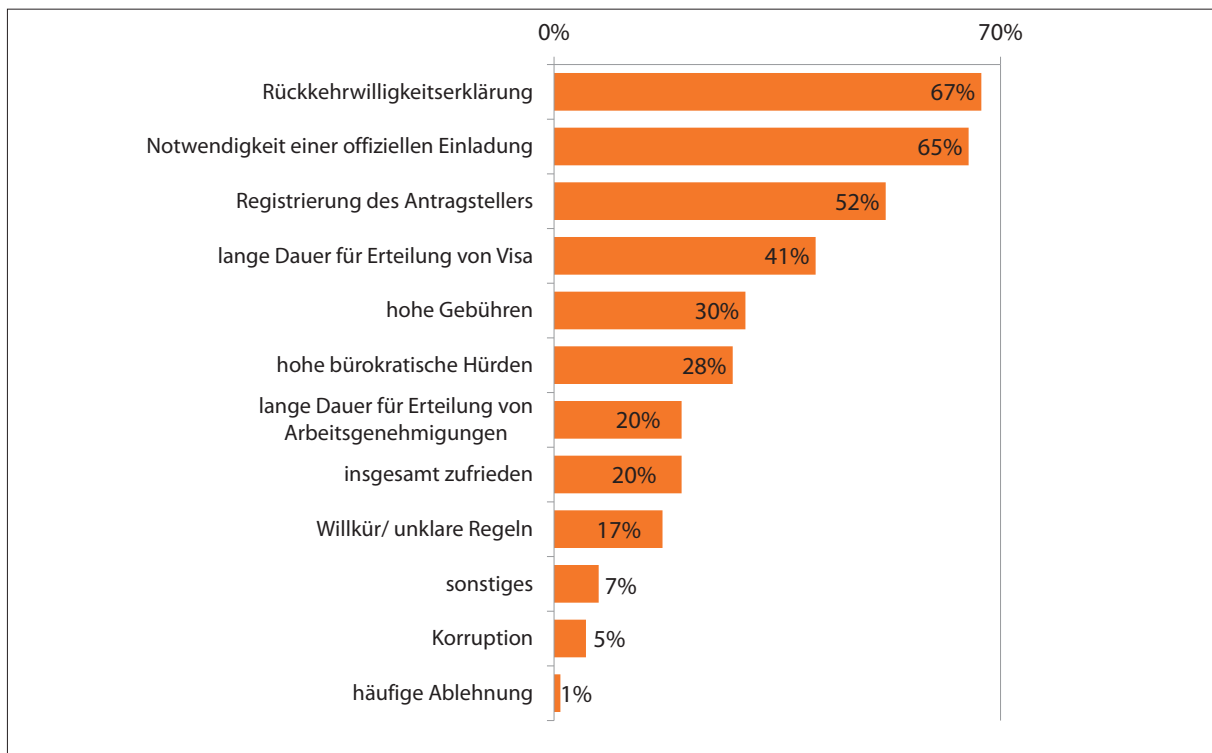
Russland ist für die deutschen Unternehmen in östlicher Nachbarschaft zur EU das wichtigste Zielland. Entsprechend groß ist hier das Interesse an Verbesserungen im Reiseverkehr. *Tatsächlich halten 83 Prozent der befragten Unternehmen die gegenseitige Abschaffung der Visa-Pflicht durch die EU und Russland für wichtig bis sehr wichtig.*

Immerhin 27 Prozent der befragten Unternehmen erwarten die Abschaffung der Visa-Pflicht schon innerhalb der nächsten zwei Jahre bis 2013. Weitere 36 Prozent tippen auf eine Zeitspanne von bis zu fünf Jahren. Damit ist eine klare Mehrheit von 63 Prozent der befragten Unternehmen davon überzeugt, dass es spätestens 2016 visafreien Reiseverkehr zwischen Russland und der EU geben wird. Vier Prozent befürchten hingegen, dass die Visa-Befreiung nie kommen wird.

69 Prozent der befragten Unternehmen fordern gleichzeitig die völlige Abschaffung der Registrierungspflicht in Russland. Aktuell müssen sich Ausländer am Ziel ihrer Reise innerhalb von sieben Arbeitstagen bei russischen Behörden anmelden. Diese Prozedur ist bei jeder erneuten Einreise in Russland oder bei der Weiterreise zu einem anderen Aufenthaltsort innerhalb Russlands zu wiederholen.

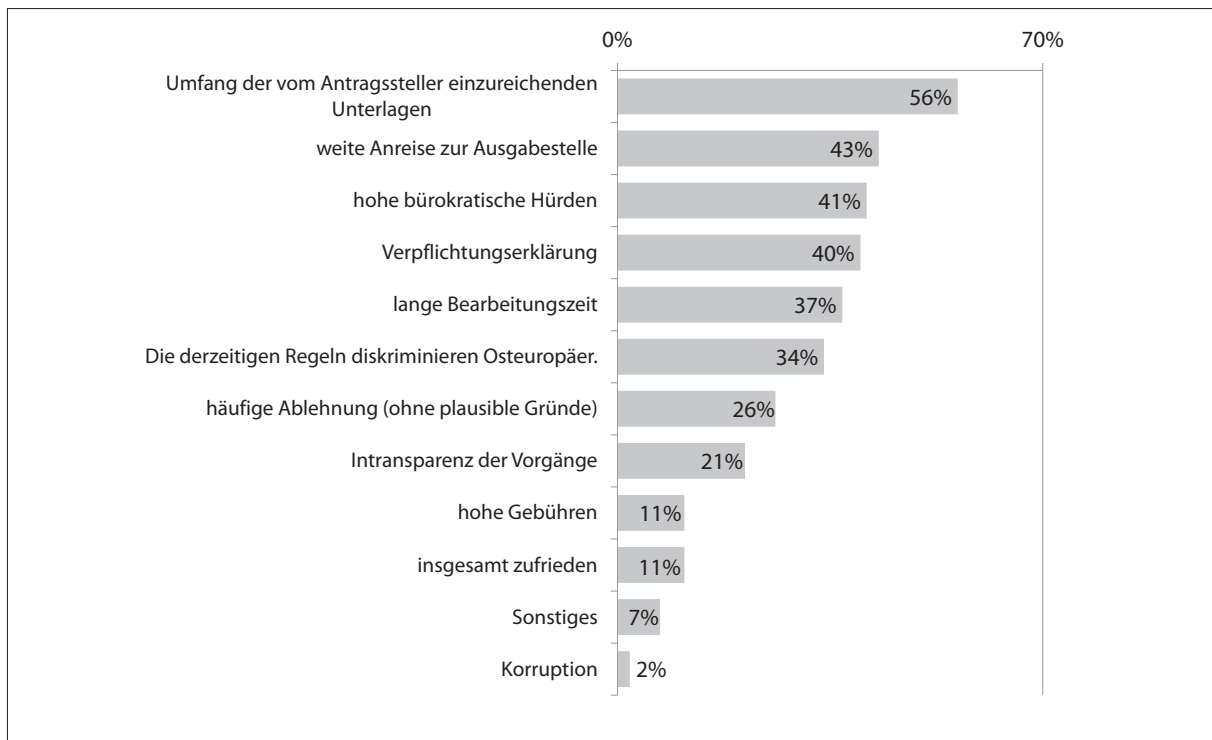
An der gegenwärtigen Visa-Politik der russischen Behörden wird vor allem die *Nachweispflicht der Rückkehrwilligkeit* bemängelt (67 Prozent). 65 Prozent der befragten Unternehmen kritisieren die Notwendigkeit einer offiziellen Einladung, 41 Prozent die lange Dauer und 30 Prozent die hohen Gebühren für die Erteilung von russischen Visa. Insgesamt zufrieden mit der gegenwärtigen Lage sind nur 20 Prozent der Unternehmen.

Grafik 4: Was bemängeln Sie an der Visa-/Migrationspolitik Russlands? (Mehrfachnennung möglich)



Ein Großteil der Unternehmen nahm auch zur *gegenwärtigen EU-Visapolitik* Stellung, von der russische Mitarbeiter oder Kunden der Unternehmen betroffen sind. 56 Prozent der Unternehmen kritisierten hier den großen Umfang der einzureichenden Unterlagen. 43 Prozent bemängelten die weite Anreise der russischen Antragsteller zu den Konsulaten, um sich dort persönlich vorzustellen oder das Visum persönlich abzuholen. 41 Prozent empfindet die bürokratischen Hürden als zu hoch, 40 Prozent fordern den Verzicht auf eine Verpflichtungserklärung zur Rückkehr nach Russland. 34 Prozent sehen in den Regeln eine Diskriminierung der osteuropäischen Antragsteller durch die EU. Insgesamt zufrieden mit der gegenwärtigen Lage sind nur elf Prozent der Unternehmen.

Grafik 5: Was bemängeln Sie an der EU-Visapolitik? (Mehrfachnennung möglich)



Bei der Frage nach den Gründen für die *fehlenden Fortschritte bei den Verhandlungen* zwischen Russland und der EU zur Visa-Freiheit verweisen 77 Prozent der Unternehmen auf Sicherheitsbedenken in den Mitgliedsländern der EU. 39 Prozent bemängeln eine fehlende Koordinierung der Russland-Politik in der EU, 31 Prozent kreiden dabei der deutschen Regierung ein fehlendes Engagement an. Auch eine fehlende Flexibilität auf russischer Seite wird beobachtet (44 Prozent). Die Angst vor einem zu großen russischen Einfluss in der EU führen 40 Prozent der Unternehmen als möglichen Grund für den geringen Fortschrittwillen an.

Quelle: *Wege zur Visafreiheit. Positionspapier des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 2011*, <http://www.ost-ausschuss.de/wege-zur-visa-freiheit>

KOMMENTAR

Russlands fehlende Modernisierung

Konsequenzen für die EU

Von Susan Stewart, Berlin

Einleitung

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland gibt keinen Anlass zur Begeisterung. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen, das die Beziehungen auf eine zeitgemäße Grundlage stellen soll, schleppen sich seit drei Jahren dahin. Die Fortschrittsberichte zu den vier »gemeinsamen Räumen«

weisen auf kleine Teilerfolge, aber auch erhebliche Probleme in vielen Bereichen hin. Die noch junge »Partnerschaft für Modernisierung« steckt in Schwierigkeiten, weil die EU unter Modernisierung etwas anderes versteht als Russland. So bleibt der zivilgesellschaftliche Austausch wegen russischer Bedenken außen vor. Auch die Menschenrechtskonsultationen finden auf russischen

Wunsch ohne Vertreter der Zivilgesellschaft statt und gelten u. a. deshalb daher als ineffektiv und ergebnislos. Schließlich zeigte das Treffen des russischen Kabinetts bei der Europäischen Kommission in Brüssel im Februar 2011, dass für beide Seiten die Energiethematik alle anderen möglichen Kooperationsfelder überlagert. Hier entstand weiterer Streit, weil Russland nicht bereit ist, die Folgen des »dritten Pakets« zur Liberalisierung des EU-Energiemarktes zu akzeptieren. Diese sieht die Entflechtung der Teilbereiche Produktion, Transport und Vertrieb vor. Gefordert wird auch der ungehinderte Zugang zu Transitnetzen. Der EU-Russland-Gipfel in Nischnij Nowgorod im Juni 2011 war davon überschattet, dass Russland wegen der EHEC-Epidemie in Deutschland ein Embargo auf bestimmte Lebensmittel aus der EU erlassen hatte. Nur bei den Visaerleichterungen zeichnen sich Erfolge ab: sowohl auf EU-Ebene, wo gemeinsame Schritte konzipiert werden, als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten, wo grundsätzliche Bereitschaft besteht, in vielen Fällen langfristige Mehrfachvisa zu vergeben. Auch die russische Seite ist zu Zugeständnissen bereit, so im Hinblick auf das Anmeldeverfahren, das Ausländer in Russland durchlaufen müssen. Die russische Elite hat die Einführung eines visafreien Regimes zu einem Hauptziel der Beziehungen Russlands mit der EU erhoben.

Trübe Modernisierungsaussichten

Neueste Komponente der Beziehungen zwischen der EU und Russland ist die »Partnerschaft für Modernisierung«. Sie zeigt, dass die EU versucht, vermeintliche russische Ziele aufzugreifen und dem Verhältnis auf diese Weise neues Leben einzuhauchen. Inspiriert wurde die Partnerschaft von der Rhetorik des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew, der seit seinem Amtsantritt im Mai 2008 für eine breit angelegte Modernisierung Russlands plädiert. In den Verhandlungen zur Gestaltung der Partnerschaft hat sich allerdings herausgestellt, dass das umfassende Verständnis der EU von Modernisierung auf eine wesentlich engere russische Agenda trifft, auf der steigende Auslandsinvestitionen und höherer Technologietransfer ganz oben stehen. Mehr noch: Die Entwicklung in Russland während der bisher drei Amtsjahre Medwedews hat profunde Zweifel gesät, dass eine Modernisierungsagenda im heutigen Russland überhaupt umzusetzen ist. Dabei sind die Probleme so schwerwiegend, dass deren weitere Vernachlässigung mittelfristig die Existenz des russischen politischen und wirtschaftlichen Systems gefährden könnte.

Die Schwierigkeiten sind vielfältig und in ihrer Gesamtheit so erschreckend, weil sie einander verstärken. Erstens zeigen besorgniserregende Zwischenfälle, etwa in Wasserwerken, beim Brandschutz und bei der Flug-

sicherheit, dass Investitionen in Industrie und öffentliche Infrastruktur während der letzten Jahrzehnte weit unter dem notwendigen Niveau geblieben sind. Zweitens wird der Bevölkerungsschwund den künftigen russischen Arbeitsmarkt spürbar beeinträchtigen. Die Maßnahmen der Regierung, die für Bevölkerungszuwachs sorgen sollen, sind wenig überzeugend. Ferner macht die große Ausländerfeindlichkeit Russland für Arbeitnehmer aus anderen Ländern unattraktiv, so dass auch von ihnen keine nachhaltige Lösung der Arbeitsmarktprobleme zu erhoffen ist. Drittens funktionieren das Bildungs- und das Gesundheitssystem immer schlechter und sind von Korruption durchsetzt. Viertens wird die Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur größer, sondern auch besser sichtbar, was wachsenden Unmut in den ärmeren Teilen der Bevölkerung erzeugt. Außerdem vegetieren weite Teile der russischen Provinz vor sich hin, da die Jugend keine Zukunftsperspektive sieht und viele Männer dem Alkohol verfallen sind. Fünftens hat die russische Führung große Mühe, alle Teile des Landes unter Kontrolle zu halten. Dies trifft vorwiegend auf den Nordkaukasus zu, aber auch auf den Fernen Osten, der dünn besiedelt und unterentwickelt ist.

Hinzu kommt, dass die Jahre 2011 und 2012 im Zeichen des Wahlkampfes stehen. Im Dezember 2011 wird das Parlament, im März 2012 der Präsident gewählt. Dies zieht die politische und mediale Aufmerksamkeit auf sich, bindet Ressourcen und lenkt von dringenden Problemen ab. Allen voran trägt Ministerpräsident Wladimir Putin dazu bei, indem er neue Formate wie die Volksfront oder die sogenannten *primaries* einführte und eine Reihe von PR-Maßnahmen lancierte, die für Schlagzeilen sorgten. Doch die Frage, ob Putin oder Medwedew kandidiert, ist irrelevant im Vergleich mit der Notwendigkeit, die genannten Missstände zu beseitigen. Keine Partei, kein Spitzenpolitiker hat ein überzeugendes Konzept hierfür angeboten. Zwar gibt es ein Bewusstsein dafür, wie dramatisch die Lage ist, doch viele Faktoren verhindern, dass die Schwierigkeiten beherzt angegangen werden.

Erstens ist die russische Elite schon seit Jahren nicht auf das Wohl der Bevölkerung, sondern hauptsächlich darauf bedacht, sich zu bereichern und ihre Macht zu erhalten. Zweitens werden viele Ressourcen durch unterschiedliche Formen der Korruption abgezweigt. Drittens herrscht eine Kultur der »Nichtverantwortung«, das heißt die wenigsten (insbesondere unter den Beamten) sind bereit, die Initiative zu ergreifen oder für Entscheidungen geradestehen. Dies führt dazu, dass das System erstarrt und sich verhärtet. Viertens existiert eine hartnäckige Tendenz zur »manuellen Steuerung«, mit der versucht wird, die Entwicklung des Landes »von oben« zu kontrollieren. Das überfordert jedoch

die »Kontrolleure« in einem riesigen Land wie Russland und frustriert diejenigen, die sich mit neuen Ideen »von unten« einbringen wollen. Fünftens profitieren viele einflussreiche Personen von den bestehenden Arrangements und haben deswegen kein Interesse daran, sie zu ändern. All diese Hindernisse machen es unwahrscheinlich, dass eine energische, flächendeckende Modernisierung stattfinden wird, die in der Lage wäre, die heutige Abwärtsspirale in der internen russischen Entwicklung umzukehren.

Negative Folgen für die EU

Vieles spricht also dafür, dass die EU es in den nächsten Jahren mit einem schwächer werdenden Russland zu tun haben wird. Da beide Seiten von einer funktionierenden Kooperation im Energiebereich abhängig sind, wird der Handel mit Rohstoffen sicherlich fortgeführt werden, obwohl er weiterhin nicht unproblematisch sein wird. Aber in vielen anderen Sphären wird Russlands fehlende Modernisierung unangenehme Konsequenzen für die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit sich bringen.

Russlands zunehmende Schwäche wird seine Elite eventuell dazu veranlassen, in bestimmten Bereichen eine begrenzte Zusammenarbeit mit der EU aktiv zu suchen. Dennoch wird die Hauptreaktion eher eine defensive sein, die die Beziehungen zwischen Russland und der EU erschwert. Russland wird vermutlich bestrebt sein, seine innere Schwäche außenpolitisch zu kompensieren, und zwar überwiegend im postsowjetischen Raum, wo es die EU immer stärker als Konkurrenten wahrnimmt. Eine solche Kompensation hat zumindest zwei Aspekte. Erstens lenken russische Handlungen von internen Problemen ab und können Russland unter Umständen gegenüber dem einheimischen Publikum als erfolgreichen außenpolitischen Akteur darstellen. Zweitens kann Russland auf diese Weise aus anderen postsowjetischen Ländern Ressourcen gewinnen, die in Russland selber knapp werden, und so eine fehlende Effizienzsteigerung im eigenen Land kompensieren.

Die fehlende Modernisierung wird auch Folgen im Wirtschaftsbereich haben. Eine Zusammenarbeit deutscher und anderer europäischer Großkonzerne mit russischen Partnern wird gewiss auch weiterhin möglich sein, da diese Konzerne im russischen Gefüge gut vernetzt sind. Allerdings wäre zu erwarten, dass die Situation kleinerer und mittlerer Unternehmen sich nicht wesentlich verbessert. Es ist wahrscheinlich, dass Russ-

land sich wirtschaftlich stärker abschotten wird, da es mit der westlichen ökonomischen Entwicklung immer weniger mithalten kann. Dadurch wird der Zugang zum russischen Markt erschwert, erst recht wenn der geplante Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) ausfiele. In diesem Fall dürfte die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus an Bedeutung gewinnen, was stärkere protektionistische Maßnahmen nach sich ziehen würde. Wird Russland nicht Mitglied der WTO, werden sich die Aussichten für das neue EU-Russland-Abkommen voraussichtlich weiter verdüstern. Ohne öffentliche Investitionen, die dringend nötig sind, können Unternehmen außerhalb einiger kleiner »Inseln« in der russischen Provinz immer seltener mit einer funktionierenden Infrastruktur rechnen. Der Mangel an Rechtssicherheit wird wohl ebenfalls bestehen bleiben, da die russische Elite mit ganz anderen Problemen beschäftigt sein und die Gerichte im Falle einer sich verschlechternden Wirtschaftslage stärker für ihren Machterhalt einspannen dürfte.

Schließlich dürfte die prognostizierte Entwicklung auch eine Reihe sicherheitspolitischer Folgen zeitigen: Durch Russlands inneren Verfall würde der Nordkaukasus immer mehr außer Kontrolle geraten. Dies würde die unmittelbare Umgebung destabilisieren und zusätzliche Anforderungen an die Europäische Nachbarschaftspolitik der EU im Südkaukasus stellen. Die Klimapolitik, noch nie ein Schwerpunkt der russischen Führung, würde noch mehr ins Hintertreffen geraten. Infolgedessen könnten Umweltkatastrophen auch auf Länder der EU übergreifen. Je mehr sich die Lage in Russland verschlimmert, desto mehr ist mit Migration in Richtung EU zu rechnen. Schon jetzt zeigen Umfragen, dass ein beachtlicher Prozentsatz der Russen über Auswanderung nachdenkt.

Die EU und Deutschland haben Programme entwickelt, die Russland helfen können, sich auf vielfältige Weise zu modernisieren. Allerdings liegt die Entscheidung über eine Teilnahme bei der russischen Elite. Wenn sie diese Angebote in Kombination mit entsprechenden eigenen Maßnahmen nicht wahrnimmt, könnte Russland durch die gravierende, umfassende und sich verstärkende Natur seiner internen Herausforderungen bald in eine Abwärtsspirale geraten. In diesem Fall wird die EU mit einem schwächeren und gefährlicheren Russland konfrontiert werden. Der Umgang mit einem solchen Russland wird ganz andere Instrumente als eine »Partnerschaft für Modernisierung« erforderlich machen.

Über die Autorin

Susan Stewart ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik. Der vorliegende Kommentar basiert auf: Susan Stewart, »Wenn Russland schwächer wird: Gravierende Folgen für die Beziehung zwischen der EU und Russland«, SWP-Aktuell 2011/A42, September 2011, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Vom 2. bis zum 22. September 2011

02.09.2011	Präsident Medwedew trifft in Duschanbe (Tadschikistan) mit den Staatsoberhäuptern Asif Ali Zardari (Pakistan), Hamid Karzai (Afghanistan) und Emomali Rahmon (Tadschikistan) zusammen. Gesprächsthemen sind die regionale Zusammenarbeit, der Kampf gegen Terrorismus und Extremismus sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Anschluss an das Treffen finden russisch-tadschikische Gespräche über eine wirtschaftliche, militärtechnische und humanitäre Zusammenarbeit statt. Vereinbart werden eine Zusammenarbeit beim Grenzschutz, der Bau von Wasserkraftwerken sowie die Unterzeichnung eines Vertrages bis Ende dieses Jahres, wonach im Gegenzug für eine Ausbildung und Aufrüstung der tadschikischen Armee die Pacht der russischen Militärbasis in Tadschikistan um 49 Jahre verlängert werden soll.
02.09.2011	Der ukrainische Premierminister Nikolaj Asarow gibt bekannt, dass das ukrainische Gasunternehmen »Naf-togas«, das unter anderem für den Gastransit zuständig ist, aufgelöst werden soll. Dadurch müssen alle bestehenden Verträge, auch die mit Russland, angepasst werden.
03.09.2011	In Duschanbe (Tadschikistan) findet ein Jubiläumstreffen zum 20-jährigen Bestehen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) statt. Die Staatshäupter der Mitgliedsstaaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und der Ukraine nehmen an dem Treffen teil.
03.09.2011	Zum siebten Jahrestag der Geiselnahme von Beslan wird am »Tag der Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus« in vielen Städten Russlands der Opfer von Beslan und anderen Terroranschlägen gedacht.
04.09.2011	Spezialeinheiten töten Ibragim Muchutschewa, genannt Abu Umar, den Anführer der Untergrundkämpfer in Chasawjurt (Dagestan). Bei dem Einsatz wird auch seine Frau getötet.
04.09.2011	Der zu Gazprom gehörende Fernsehsender NTV eröffnet den Wahlkampf mit einer Debatte zwischen Vertretern von »Einiges Russland« (Andrej Isajew, erster stellvertretender Sekretär des Parteipräsidiums), KPRF (Wladimir Kaschin, Stellvertretender Vorsitzender); LDPR (Wladimir Shirinowskij), »Rechte Sache« (Michail Prochorow) und »Jabloko« (Sergej Mitrochin).
05.09.2011	Der Schauspieler Iwan Ochlobystin gibt bekannt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im März 2012 antreten will. Ochlobystin spricht sich für eine 14-jährige Amtszeit des Präsidenten sowie für eine Wiederbelebung der Armee aus.
05.09.2011	Dmitrij Medwedew ordnet an, die öffentlichen Anhörungen über das neue Gesetz »Über das Hobby- und Sportfischen« um einen Monat zu verlängern. Änderungen im Fischereigesetz zur Verpachtung von Gewässern an private Unternehmen und Fischfarmen hatten im Frühjahr zu Demonstrationen geführt.
06.09.2011	Im Bezirk Perm stürzt ein Militärflugzeug vom Typ MiG-31 ab. Beide Piloten kommen ums Leben. Flüge dieses Flugzeugtyps werden vom russischen Verteidigungsministerium vorläufig untersagt.
06.09.2011	Wladimir Putin aktiviert die Befüllung der ersten Röhre der »North Stream«-Pipeline in der Kompressorstation »Portowaja«. An der feierlichen Zeremonie nehmen zudem der Gazprom-Vorsitzende Aleksej Miller, der Vorsitzende des Aktionärsausschusses von »North Stream« und Altkanzler Gerhard Schröder, der Geschäftsführer von »North Stream« Matthias Warnig sowie der russische Vizepremier Igor Setschin teil. Die Röhre wird zunächst mit technischem Gas befüllt, ab Anfang Oktober kann dann Naturgas nach Greifswald transportiert werden.
06.09.2011	Dmitrij Medwedew ernennt für drei Föderalbezirke neue Präsidentschaftsbeauftragte. Im Nordwestlichen Föderalbezirk wird Ilja Klebanow durch Nikolaj Vinnitschenko ersetzt, ein Kommilitone Medwedews und bisher Präsidentschaftsbeauftragter im Föderalbezirk Ural. Dessen Position übernimmt Jewgenij Kujwaschew, bisher Bürgermeister in Tjumen. Neuer Präsidentschaftsbeauftragter im Zentralen Föderalbezirk wird nach der Ernennung Georgij Poltawtschenkos zum Gouverneur St. Petersburgs Oleg Goworun. Goworun leitete bisher im Präsidentschaftsapparat die Abteilung Innenpolitik.
07.09.2011	»Golos«, eine NGO, die sich für die Rechte von Wählern einsetzt, startet gemeinsam mit dem Nachrichtenportal Gazeta.ru eine Website, auf der Wahlrechtsverletzungen gemeldet werden können. www.kartanarusheniy.ru .
07.09.2011	Die russische Fußballvereinigung verabschiedet einen »Kodex des Fußballfans«. Die neuen Regeln zum Verhalten der Zuschauer und der Gewährleistung ihrer Sicherheit bei Fußballspielen treten am 1. Oktober in Kraft und sollen Intoleranz und Rassismus bekämpfen sowie gewaltsame Übergriffe verhindern.

07.09.2011	Bei Jaroslavl stürzt eine Passagiermaschine vom Typ Jak-42 Flugzeug nach dem Start ab. 43 Menschen kommen ums Leben, zwei Passagiere überleben die Katastrophe zunächst. Unter den Opfern sind Angehörige der Eishockeymannschaft »Lokomotiv Jaroslavl«, die zu den russischen Spitzenteams gehört. U. a. werden der kanadische Trainer McCrimmon, Marek und Vašček Rachunek, die mit der tschechischen Mannschaft Weltmeister geworden sind, der Slowake Demitra, der Schwede Liv und der Deutsche Dietrich getötet.
07. – 08.09.2011	3. Internationales Politisches Forum in Jaroslavl, das 2011 unter dem Motto steht »Der moderne Staat im Zeitalter der sozialen Vielfalt«. Dmitrij Medwedew hält am zweiten Tag eine Rede, in der er die Probleme Xenophobie und Armut anspricht. Xenophobie sei »sehr gefährlich für Russland«. Auch meint er, dass die Rechte der Menschen niemals eingeschränkt oder Kritik unterdrückt werden sollten. Der Staat sollte seiner Meinung nach die gesellschaftlichen Trends verfolgen und nicht versuchen, die Gesellschaft hinter sich her zu ziehen.
08.09.2011	Am Rande des Internationalen Politischen Forums trifft Präsident Medwedew mit dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül zusammen. Beide besuchen die Unglücksstelle des am Vortag abgestürzten Flugzeugs.
08.09.2011	Die Stadt Moskau stellt die Zahlungen an die russische Schwarzmeerflotte aus dem Stadthaushalt ein. Der ehemalige Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow hatte 1994 diese zusätzliche Finanzierung der Flotte eingeführt.
09.09.2011	Die Untersuchungen im Fall Sergej Magnitskij werden bis zum 24. November verlängert.
10.09.2011	Die Partei »Patrioten Russlands« verabschiedet auf einem Parteitag in Moskau ihre Kandidatenliste für die Dumawahlen am 4. Dezember. An erster Stelle steht der Parteivorsitzende Gennadij Semigin. Der Wahlkampf der Partei steht unter dem Motto der »nationalen Wiedergeburt«.
10. – 11.09.2011	In einem Vorort von Moskau findet der Parteitag von »Jabloko« statt. Am ersten Tag wird das Vorwahlprogramm mit dem Titel »Russland fordert Veränderungen« verabschiedet, am zweiten Tag die Kandidatenliste für die Dumawahlen abgestimmt. Der ehemalige Parteivorsitzende Grigorij Jawlinskij führt erneut die zehnköpfige Liste an. Ihm folgen Sergej Mitrochin (aktueller Parteivorsitzender), Alexej Jablowow (Fraktion »Grünes Russland«), Svetlana Kusnezowa (»Soldatenmütter«) und Anatolij Lejrlich (»Tätiges Russland«). Regionale Parteilisten führen unter anderem der Vorsitzende der Menschenrechtsfraktion von »Jabloko«, Walerij Borschtschew, der Vorsitzende des Komitees »Für Bürgerrechte«, Andrej Babuschkin sowie der Vorsitzende von »Memorial«, Sergej Jakowlew, an.
11.09.2011	Der Film »Faust« des russischen Regisseurs Alexander Sokurow gewinnt den Goldenen Löwen bei den 68. Internationalen Filmfestspielen in Venedig.
11.09.2011	Präsident Dmitrij Medwedew weist die Regierung an, Fluggesellschaften, die Flugsicherheit nicht gewährleisten können, die Lizenz zu entziehen. Stichtatum ist der 15. November 2011.
11.09.2011	Nikolaj Patruschew, Sekretär des russischen Sicherheitsrats, trifft auf der südlichsten Kurileninsel Kunaschir mit der Führung des Gebiets Sachalin sowie der örtlichen Antiterror-Kommission zusammen, um über die Gewährleistung der Sicherheit in der Region zu sprechen. Der Erste Kabinettssekretär der japanischen Regierung, Osamu Fujimura, äußert sein Bedauern über den Besuch.
12.09.2011	Der Eishockey-Spieler Alexander Galimow erliegt in einem Moskauer Krankenhaus seinen Verletzungen. Damit erhöht sich die Zahl der Toten beim Flugzeugabsturz in Jaroslavl auf 44.
12.09.2011	Ein Moskauer Schiedsgericht erklärt die Ablehnung des Warenzeichens »Wolodja i medwedi« (Volodja und die Bären – Volodja ist die Koseform von Vladimir, Putins Vornamen) durch das Russische Patentamt für illegitim. Das Amt sowie die Kammer für Patentstreitigkeiten hatten Ende 2010 die Registrierung des Warenzeichens verweigert, da dieses »dem Image und den staatlichen Interessen Schaden zufügen sowie den gesellschaftlichen Interessen widersprechen« würde. Es bestehe die Möglichkeit, dass russische Konsumenten das Warenzeichen als Wortspiel mit den Namen der ersten Personen im Staate oder der Partei »Einiges Russland« in Verbindung bringen könnten. Seit März wird dennoch ein ukrainischer Wodka namens »Wolodja i medwedi« auf dem russischen Markt vertrieben – vom gleichen Unternehmen, das auch den Wodka »Putinka« vertreibt.
12.09.2011	Präsident Medwedew ernennt Konstantin Kostin zum neuen Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration. Kostin, bisher stellvertretender Leiter, tritt die Nachfolge von Oleg Goworun an, der von Medwedew am 6. September zum neuen Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten im Zentralen Föderalbezirk ernannt wurde.

12.09.2011	Dmitrij Medwedew empfängt den Britischen Premier David Cameron im Kreml. Die beiden vereinbaren Partnerschaften im Bereich Modernisierung, Wirtschaft und Kultur. Beide Seiten stellen fest, dass sie zum Mord an Alexander Litwinenko vom 23. November 2006 sowie über den Status russischer politischer Flüchtlinge unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die Differenzen sollen jedoch eine Zusammenarbeit nicht verhindern.
13.09.2011	In Moskauer Haus der Gewerkschaften findet der Parteitag der »Liberaldemokratischen Partei Russlands« statt. Auf diesem werden die Parteilisten für die Dumawahlen am 4. Dezember verabschiedet. Für die Moskauer Abteilung der LDPR tritt Valerij Budanow an. Er ist der Sohn von Jurij Budanow, der als Oberst in Tschetschenien eingesetzt war und wegen Entführung und Mord an einer Tschetschenin zu zehn Jahren Haft verurteilt, nach fünf Jahren vorzeitig entlassen und am 10. Juni diesen Jahres in Moskau ermordet wurde. Der Wahlkampf der Partei steht unter dem Motto »Für die Russen!«.
14.09.2011	Die Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Aleksejewa droht, die Partei LDPR auf Grund deren Wahlkampf-Motto »Für die Russen!« anzuklagen. Ihrer Meinung nach ist solch eine Losung für das multinationale Russland gefährlich und würde zu dessen Zerfall führen.
14.09.2011	Das Oberste Gericht Russlands bestätigt das Urteil gegen Jewgenija Chasis und Nikita Tichonow. Die beiden wurden des Mordes an der Journalistin Anastasia Baburowa und dem Anwalt Stanislav Markelow für schuldig befunden und zu 18 Jahren lebenslänglicher Haft verurteilt.
14.09.2011	Auf einer Parteikonferenz von »Einiges Russland« in der Republik Tschetschenien werden die Ergebnisse der innerparteilichen Vorwahlen bekannt gegeben. Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow erhielt 100 % der 8556 abgegebenen Stimmen.
14.09.2011	Der Vizepremier Dmitrij Kosak wird bei den Dumawahlen die Parteiliste von »Einiges Russland« in St. Petersburg anführen.
14. – 16.09.2011	In Moskau beginnt der dreitägige Parteitag von »Rechte Sache« mit einem Eklat. Gegner des Parteivorsitzenden Michail Prochorow initiieren einen Machtkampf und veranstalten einen »alternativen« Parteitag. Prochorow löst das Exekutivkomitee der Partei auf, kündigt einigen Opponenten die Mitgliedschaft und beschuldigt die Präsidialadministration, namentlich deren stellvertretenden Leiter für Innenpolitik, Radij Chabirow, der feindlichen Übernahme seiner Partei.
15.09.2011	Michail Prochorow tritt vom Vorsitz der Partei »Rechte Sache« zurück und erklärt, nicht an den Dumawahlen teilnehmen zu wollen. Er nennt Wladislaw Surkow den »zentralen politischen Strippenzieher im Land«. In den kommenden zehn Tagen will er über eine Teilnahme bei den Präsidentschaftswahlen entscheiden sowie Präsident Medwedew und Ministerpräsident Putin treffen um eine Absetzung Surkows zu erreichen. »Rechte Sache« wählt anschließend Andrej Dunajew zum neuen Vorsitzenden der Partei.
15.09.2011	US-Präsident Barack Obama schlägt dem Kongress die Kandidatur Michael McFauls für das Amt des Botschafters in Russland vor. McFaul ist Russland-Berater des Präsidenten im Nationalen Sicherheitsrat.
15.09.2011	Neuer Sekretär im Präsidium des Generalrates der Partei »Einiges Russland« wird Sergej Newerow. Wladimir Putin, Ministerpräsident und Vorsitzender der Partei, unterstützte die Kandidatur.
15.09.2011	Dmitrij Medwedew nimmt am 8. Forum zur überregionalen Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan teil. Gemeinsam mit dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew wird eine Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Katastrophenfällen vereinbart.
16.09.2011	Der ukrainische Energieminister Jurij Bojko gibt bekannt, dass der Preis für russisches Gas im vierten Quartal \$398–402 pro tausend Kubikmeter Gas betragen wird. Im dritten Quartal waren es \$355. Die Verhandlungen mit Moskau über eine Reduzierung des Gaspreises dauern noch an. Die Ukraine verlangt einen Gaspreis von \$230, etwa so viel, wie deutsche und österreichische Versorgungsunternehmen für tausend Kubikmeter Gas bezahlen.
16.09.2011	Das Untersuchungskomitee im Bezirk Primorje gibt bekannt, dass die Untersuchungen zum Fall der sogenannten »Partisanen von Primorje« abgeschlossen sind. Zwischen Februar und März 2010 hatten acht »Partisanen« wiederholt Sicherheitskräfte in der fernöstlichen Region angegriffen.
16.09.2011	Am Rande des 10. Internationalen Investitionsforums in Sotschi unterzeichnen Gazprom, der italienische Energiekonzern Eni, der französische EdF und der deutsche Wintershall im Beisein von Ministerpräsident Putin einen Vertrag über den Bau der Gaspipeline »South Stream«. Am Vortag hatte EU-Energiekommissar Günther Öttinger die europäischen Unternehmen ermahnt, dass das Projekt den europäischen Interessen widerspricht.

17.09.2011	Alexander Radkow, Vorsitzender der russischen föderalen Agentur für Tourismus, schlägt vor, das Russlandbild im Ausland neu zu definieren, um den Massentourismus nach Russland und innerhalb Russlands zu fördern.
18.09.2011	Im Rajon Babajurtowsk (Dagestan) werden bei einer Spezialoperation der Anführer der Untergrundkämpfer im Rajon Chasawjurts sowie seine Frau getötet. Ein Militärangehöriger wird bei dem Einsatz verletzt. Am Abend wird in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala ein Oberleutnant des FSB erschossen.
19.09.2011	Dmitrij Medwedew ernennt per Erlass Kirill Barskij zum neuen Sonderbeauftragten bei der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO). Barskij tritt die Nachfolge von Leonid Moisejew an.
20.09.2011	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fällt im Fall JUKOS ein Urteil. Es stellt fest, dass in dem Steuerverfahren von 2000 das Recht auf ein faires Verfahren verletzt wurde, da JUKOS nur vier Tage gegeben wurden, um die ca. 43.000 Seiten der Anklageschrift zu lesen. Ferner wird die Tatsache, dass die Steuernachforderung sofort zurückbezahlt werden mußte, als Verletzung des Schutzes des Eigentums gewertet. Das Verfahren war den Richtern zufolge jedoch kein politischer Prozess.
21.09.2011	Wladimir Putin gibt auf einem Treffen des Koordinationsrats der »Allrussischen Volksfront« bekannt, dass 185 der 600 Listenplätze der Partei »Einiges Russland« für die Dumawahlen von Mitgliedern der »Allrussischen Volksfront«, also nicht Parteimitgliedern, besetzt werden können. Auf 167 Listenplätze werden Personen einrücken, die gegenwärtig ein Abgeordnetenmandat innehaben.
21.09.2011	Valentina Matwienko, die frühere Bürgermeisterin von St. Petersburg, wird zur Vorsitzenden des Föderationsrats gewählt. Sie ist die einzige Kandidatin. 140 Senatoren stimmen für sie, nur ein Senator enthält sich. Im Anschluss daran spricht sich Matwienko für eine Direktwahl der Abgeordneten des Föderationsrats aus.
21. – 22.09.2011	Im Zentrum Machatschkalas (Dagestan) detoniert um Mitternacht eine Autobombe, bei der niemand zu Schaden kommt. 15 Minuten nach der ersten Detonation explodiert nur 40 Meter weiter eine zweite Autobombe. Ein Polizist wird getötet, 60 weitere Personen werden zum Teil schwer verletzt, darunter 44 Polizisten, die zum Ort der ersten Explosion geeilt waren. Kurz vorher war eine dritte Autobombe unweit des Anschlagorts explodiert. Dabei wurden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
22.09.2011	Walerij Gerasimow, Stellvertretender Generalstabsvorsitzender der russischen Streitkräfte, gibt bekannt, dass Russlands und Kasachstan in Kürze ihre jeweiligen Luftabwehrsysteme, nach dem Vorbild der Kooperation zwischen Russland und Belarus sowie Russland und Armenien, zusammenlegen wollen.

Die Chronik für die Sommermonate finden Sie auf der Homepage der Russland-Analysen http://www.laender-analysen.de/russland/chroniken/Chronik_2011.html

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts der Aufsätze aus OSTEUROPA 7 und 8–9/2010 mit Russlandbezug

Während die »Russlandanalysen« die Sommerpause auf der Datscha verbrachten, hat OSTEUROPA gearbeitet. Das Ergebnis sind zwei Hefte. Die Juli-Ausgabe »Ressourcenfluch, Ressource Buch« hat 192 S. und kostet 10,00 €. Sie enthält folgende Beiträge zu Russland bzw. zur Sowjetunion und ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org

Roland Götz

Postsowjetischer Ressourcenfluch?

Rohstoffreichtum und Autoritarismus

Rohstoffe versprechen Reichtum. In vielen Ressourcenstaaten wurde diese Hoffnung jedoch nicht erfüllt. Die Theorie des Ressourcenfluchs postuliert daher einen Zusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und ökonomischen wie politischen Deformationen. Ein empirischer Vergleich der postsowjetischen Staaten bestätigt einen solchen Zusammenhang allerdings nicht. Korruption blüht im Erdgasstaat Turkmenistan in gleichem Maße wie im ressourcenarmen Kirgistan; Russland wird ebenso autoritär regiert wie Armenien. Wenn Ressourcenreichtum eine Modernisierung gleichwohl behindert, ist nicht mit einer baldigen Veränderung der Lage zu rechnen: Die postsowjetischen Rohstoffstaaten werden noch für mehrere Jahrzehnte Erdöl und Erdgas fördern und damit hohe Renten erzielen können.

Klavdia Smola

Nonkonforme jüdische Literatur

Die Poetik des Widerstands und die Wiederentdeckung des Judentums in der späten Sowjetzeit

In den 1970er Jahren entstand in der Sowjetunion eine jüdische Dissidentenkultur. Sie war eng mit dem »Aufwachen« des jüdischen historischen und kulturellen Gedächtnisses verknüpft. Die Literatur des sowjetisch-jüdischen »Gegenkanons«, die in dieser einmaligen politisch-kulturellen Periode entstand umfasst sowohl um die illegal veröffentlichten Texte des jüdischen Samizdat, als auch um Werke der bereits nach Israel emigrierten Schriftsteller. Wesentliches Element der Poetik der inkonformen jüdischen Literatur ist die Allianz zwischen dem Widerstand und der neuen »Jüdischkeit« der meist stark assimilierten sowjetischen Juden. Diese Literatur war ein Gegenentwurf zur offiziellen, auf weltanschauliche und ethnische Homogenisierung ausgerichteten sowjetischen Kultur.

Andrea Zink

Versuche über das Nichts

Tschernobyl in Text und Bild

Die dokumentarischen Repräsentationen des Super-GAU unterscheiden sich grundsätzlich von den fiktionalen und populären. Neben der Information ihrer Rezipienten über die Ereignisse vom 26. April 1986 und ihre unabsehbaren Folgen gelingt es den Schriftstellern Ščerbak und Aleksievič, dem Fotografen Polidori und dem Filmemacher Geyrhalter, vor allem die Ratlosigkeit einzufangen, die sich nach dem Unfall breit gemacht hat. Zu diesem Zweck arbeiten sie mit Monologen, führen Vergleiche in die Irre und setzen die Leere des Daseins ins Bild.

Barys Pjatrovič

Uding Tschernobyl

Erinnerung an das Frühjahr 1986

Von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl waren 23 Prozent der Landesfläche von Belarus betroffen: 3678 Dörfer und Städte, in denen mehr als eine halbe Million Menschen lebten. Die sowjetische Informations- und Evakuierungspolitik hat jedoch dafür gesorgt, dass das Unglück und seine Folgen praktisch keinen Platz im Bewusstsein der Gesellschaft fanden. Die Bewohner der 415 »Zonen«-Dörfer wurden jeweils nicht gemeinsam umgesiedelt, sondern über Tausende Dörfer und Städte in ganz Belarus verteilt. So wurde ihre Erinnerung und die Erinnerung an sie pulverisiert. Auch nach 25 Jahren bleibt Tschernobyl selbst für die unmittelbar Betroffenen ein blinder Fleck. Zeit, einen Blick zurück auf den ersten Monat nach der Katastrophe zu werfen.

Karlheinz Kasper

Anything goes

Der Zustand der russischen Gegenwartsprosa

Im Jahr 2010 kamen 34 Romane in die Endrunde der vier wichtigsten russischen Literaturpreise. Doch ein Platz auf der Shortlist eines Literaturwettbewerbs allein ist nicht ausschlaggebend für die nationale Vermarktung und internationale Rezeption. Nur in wenigen der nominierten Werken verbindet sich eine gesellschaftlich relevante Fragestellung mit einer innovativen Formgebung. Roman Senčins Eltyševy, Aleksandr Iličevskijs Pers, German Sadulaevs Šalinskij rejđ, Margarita Chemlins Klocvog und Vladimir Sorokins Metel' könnten Bestand haben, den Leser im In- und Ausland erreichen und vielleicht sogar in die Geschichte der russischen Literatur eingehen.

Zum Gedenken an den 70. Jahrestags eines der größten Kriegsverbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg erschien das Doppelheft 8–9/2011: »Die Leningrader Blockade. Der Krieg, die Stadt und der Tod.« Der Band hat 400 Seiten, 54, Abb. 2 Karten und kostet 24,00 €. Bestellungen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge:

Jörg Ganzenmüller

Nebenkriegsschauplatz der Erinnerung

Die Leningrad-Blockade im deutschen Gedächtnis

Infolge der deutschen Belagerung Leningrads starben rund eine Million Menschen. Anders als Stalingrad spielte das Thema in der deutschen Erinnerung über Jahrzehnte kaum eine Rolle. Es dominierten andere Narrative: in der Bundesrepublik das vom sauberen Krieg der Wehrmacht, deren »Blitzkrieg« vor Leningrad scheiterte und die zur Belagerung als vermeintlich »unbestrittener Methode der Kriegführung« griff; in der DDR wurde das Leid der Bevölkerung zwar erwähnt, doch dem sowjetischen Heldennarrativ untergeordnet. Leningrad wurde so zum Symbol im Klassenkampf zwischen Sowjetmacht und Großkapital. Eine Geschichte, die der Opfer gedachte, wurde selten erzählt. Erst in jüngster Zeit findet die Blockade Leningrads ihren Platz im deutschen Gedächtnis.

Nikita Lomagin

Fälschung und Wahrheit

Die Blockade in der russischen Historiographie

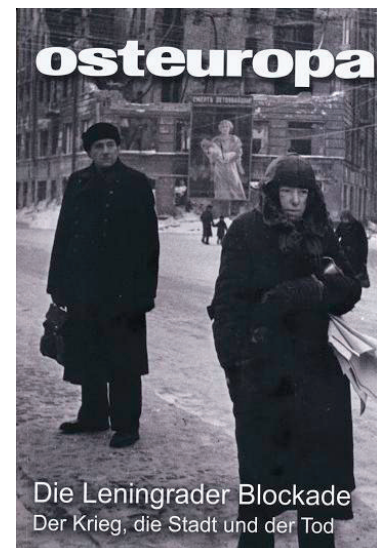
Die Geschichtsschreibung zur Leningrader Blockade begann schon während des Krieges. Die Führung Leningrads schrieb eine heldenhafte und patriotische Darstellung vor. Nach der »Leningrader Affäre« 1949 war das Thema tabu. Erst in den 1960er Jahren wandten sich Historiker wieder der Blockade zu, doch es blieb ein randständiges Thema. Bis in die 1980er Jahre definierten ideologische Vorgaben und Zensur, was darstellbar war. Der Zugang zu Archivmaterial war eingeschränkt, zu westlichen Publikationen unmöglich. Seit der Perestrojka gestatten neue Quellen und andere Fragestellungen neue Erkenntnisse über den Alltag im belagerten Leningrad. Heute ist die russische Historiographie zur Blockade in die internationale Geschichtswissenschaft integriert.

Timo Vihavainen

Opfer, Täter, Betrachter

Finnland und die Leningrader Blockade

Im sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939–1940 verlor Finnland einen Teil seines Territoriums. Im sogenannten »Fortsetzungskrieg« kämpfte Finnland ab dem 22. Juni 1941 als Verbündeter Deutschlands und wirkte an der Belagerung Leningrads mit. Dieser Beteiligung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg kaum Beachtung geschenkt. Zunächst waren die eigenen Opfer und die Aufarbeitung des Winterkriegs wichtiger. Ab den 1960er Jahren rückte die Blockade in den Blickpunkt. Nur wenige finnische und internationale Historiker weisen Finnland eine Mitschuld am Völkermord in Leningrad zu.



Jürgen Kilian

»Der Russe braucht einen Herrn über sich«

Die Wehrmacht im Leningrader Gebiet

Das Leningrader Gebiet stand zweieinhalb Jahre unter deutscher Militärverwaltung. Nach den Zielen des »Unternehmens Barbarossa« wurden auch hier weltanschauliche Gegner getötet, das Land und die Menschen ausgebeutet. Von einer generellen Vernichtungspolitik in diesem Gebiet kann kaum gesprochen werden. Aber die Wehrmacht verantwortete eine völkerrechtswidrige Besatzung.

Irina A. Kureeva

»Die Leichen wurden monatelang nicht abgeholt«

Eine Kindheit in der belagerten Stadt

Es gibt nur noch wenige Überlebende der Leningrader Blockade, die sich an den schönen Herbsttag 1941 erinnern, an dem ihre Kindheit abrupt endete. Von nun an bestimmten Bomben und Geschosse, Kälte, Dunkelheit und Hunger ihr Leben. Und der Tod, der ihnen die Eltern und die Geschwister, die Großeltern und die Freunde nahm. Ihr Leben lang haben diese traumatisierten Kinder keine Antwort auf die Frage nach dem »Warum?« bekommen. Die Kunsthistorikerin und Museumspädagogin Irina A. Kureeva war zwölf Jahre alt, als die Blockade begann.

Jörg Ganzenmüller

Mobilisierungsdiktatur im Krieg

Stalinistische Herrschaft im belagerten Leningrad

Den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wertete die sowjetische Führung als Beweis für die Überlegenheit ihrer Gesellschaftsordnung. Westliche Forscher sahen den Grund für die Opferbereitschaft der sowjetischen Bevölkerung im Patriotismus und einer zeitweiligen politischen Liberalisierung. Doch selbst im Ausnahmezustand des belagerten Leningrads gab es keine »Atempause«. Die stalinistische Herrschaftspraxis und die Mechanismen zur politischen und wirtschaftlichen Mobilisierung blieben erhalten. Sogar die politische Repression hielt an.

Andrea Zemskov-Züge

Helden um jeden Preis

Leningrader Kriegsgeschichte(n)

Die Stilisierung Einzelner zu Helden war ein propagandistisches Instrument der stalinistischen Mobilisierungsdiktatur. Selbst das Leiden und Sterben der Menschen während der Leningrader Blockade wurde als Heldentat glorifiziert. Mit der Realität hatte das wenig zu tun, denn nur die wenigsten Menschen waren freiwillig in der Stadt geblieben. Die Darstellungen des Heroismus unterschieden zwischen Frauen und Männern: Frauen blieben anonym und wirkten kollektiv, Männer erhielten Namen und handelten individuell. Der Heldenbegriff aus dem späten Stalinismus und die Rollenmodelle von damals wirken bis heute.

Tat'iana Voronina

Heroische Tote

Die Blockade, die Zahl der Opfer und die Erinnerung

Die Zahl der Opfer der Leningrader Blockade ist keine objektive Quelle. Sie hat politische und ideologische Implikationen. Bei den Nürnberger Prozessen nannte die Sowjetunion 629 000 Tote. In der Kriegsdarstellung verklärte sie diese Toten als Helden. Versuche der Wissenschaft, diese Zahl nach oben zu korrigieren, tat das Regime als Angriff auf den sowjetischen Heroismus ab. Der Heldenmythos bestimmt bis heute die Erinnerung an die Blockade. Opferverbände nutzen ihn, um ihre Privilegien zu begründen. Das staatliche Interpretationsmonopol über die Geschichte der Blockade und die Opferzahlen ist Vergangenheit.

Dorothea Redepenning

Das Werden eines Mythos

Dmitrij Šostakovičs 7. Symphonie, »Die Leningrader«

Dmitrij Šostakovič hat seine 7. Symphonie der eingeschlossenen Stadt Leningrad gewidmet. Die historischen Umstände machten aus dem Werk ein Politikum, dessen propagandistischer Wert als klingendes Manifest gegen Hitler-Deutschland in der sowjetischen wie der internationalen Tagespresse verhandelt wurde. Die sowjetischen sowie die amerikanischen Medien und ebenso Šostakovič spannen ein Deutungsgeflecht um die Symphonie und machten aus dem Werk einen Mythos, der sich mit sowjetischer wie mit amerikanischer Ausprägung im Kampf der Ideologien einsetzen ließ.

Iosif Raikin

»Was war das für Musik!«

Leningrad 1941–1942: Konzerte, Kompositionen, Künstler

Šostakovičs berühmte Leningrader Symphonie und die Geschichte ihrer Aufführung kennt jeder. Doch die Geschichte der Musik in der belagerten Stadt hat viele weitere Facetten. Berühmte Solisten traten ungeachtet des Artilleriebeschusses auf und füllten die Säle, Komponisten verarbeiteten in ihren Werken die Ereignisse, selbst Laien ließen sich im Hungerwinter 1941–1942 nicht von musikalischen Aufführungen abbringen. Es war nicht zuletzt diese Ergebenheit an die Musik, die die Stadt und ihre Bewohner gerettet hat.

Lev S. Marchasev

Beethoven gegen Hitler

Das Leningrader Radio in der Blockade

Ol'ga Berggol'c sprach vielen Überlebenden aus der Seele: »Nirgends hat das Radio soviel bedeutet wie während des Krieges in unserer Stadt.« Für die Belagerten war das Radio die einzige Informationsquelle und Verbindung mit der Außenwelt, zugleich Ermutigung und Trost. Es gehörte zum Alltag der belagerten Stadt wie die Luft zum Atmen. Der Zensur, der Angst und dem Terror zum Trotz gelang es Journalisten und Dichtern, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Nur wenige Sendebänder entgingen später der Vernichtung durch Stalins Schergen. Der Journalist Lev S. Marchasev kam Ende 1942 als Schüler zum ersten Mal ins Haus des Rundfunks.

Marianna Butenschön

»Aus den Fenstern blickt ER: Der Tod«

Die Ermitage in der Blockade

In ihrer fast 250-jährigen Geschichte wurde die Ermitage, Russlands größtes Museum, dreimal evakuiert: im September 1812, als Napoleon von Moskau nach St. Petersburg zu marschieren drohte; im September 1917, als den Deutschen der Weg nach Petrograd offen stand, und im Juli 1941, als sich die Wehrmacht Leningrad näherte. Bevor sich der Blockadering schloss, konnten zwei Züge die Stadt noch verlassen und über 1,1 Millionen Artefakte in Sicherheit bringen. Die Museumsmitarbeiter erlitten das Grauen der Blockade wie alle anderen Leningrader.

Polina Barskova

Schwarzes Licht

Die Dunkelheit im belagerten Leningrad

Die Belagerung verdunkelte Leningrad. Die öffentliche Beleuchtung war abgeschaltet, Spanplatten vor den Fenstern verhinderten, dass Innenbeleuchtung nach außen drang. Die Dunkelheit zwang den Leningradern einen besonderen Rhythmus auf, zugleich verbarg sie die Stadt vor den Blicken der deutschen Kampfflieger. Sie lähmte den Alltag, der dennoch funktionierte. Die Dunkelheit ist zentraler Topos vieler literarischer Zeugnisse aus der belagerten Stadt.

Ulrich Schmid

»Sie teilten fluchend und starben teilend«

Das Pathos der Wahrheit in der russischen Blockadeliteratur

Die Leningrader Blockade steht – ähnlich wie der Holocaust – unter einem unausgesprochenen Fiktionalisierungsverbot. Jeweils gilt ein wirkungsmächtiger Genre-Imperativ: Wer über diese traumatischen Ereignisse schreibt, soll Zeugnis ablegen und nicht literarisch gestalten. Immer wieder betonen die Autoren, die »Wahrheit« über die Blockade zu schreiben. Allerdings folgen sie selbst einem normativen Diskurs mit etablierten Pathosformeln. Eine alternative, kritische Schreibweise war nur in privaten Dokumenten möglich, die für einen engen Adressatenkreis bestimmt waren. Erst in jüngster Zeit entheroisieren Schriftsteller der Nachkriegsgeneration die Blockade.

Anja Tippner

Die Blockade durchbrechen

Hunger, Trauma und Gedächtnis bei Lidija Ginzburg

Die sowjetische Memorialliteratur thematisierte die Blockade Leningrads durch die Wehrmacht vielfältig. Doch einem zentralen Aspekt der physischen und psychischen Realität schenkte sie auch aus ideologischen Gründen kaum Beachtung: dem Hunger. Erst die Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin Lidija Ginzburg untersuchte in ihren Schriften zur Blockade den Hunger als körperliche, kulturelle und existentielle Tatsache. Sie fragt, wie sich die Erinnerung an diese Extremsituation wach halten lässt. Jenseits der offiziellen Erinnerungskultur erweitert sie so das Feld der ästhetischen und intellektuellen Auseinandersetzung mit der Leidenserfahrung der Leningrader Bevölkerung.

Arlen Blium

Blockierte Wahrheit

Blockadeliteratur und Zensur

In der unmittelbaren Nachkriegszeit verschärfte sich das ideologische Klima in der Sowjetunion erheblich. Leningrad war davon in besonderer Weise betroffen. Die 1946 ergangenen ZK-Beschlüsse zu den Zeitschriften *Zvezda* und *Leninград* waren Vorboten der sogenannten »Leningrader Affäre«. Gleichzeitig fand eine breit angelegte Zensur statt. Hunderte von Büchern wurden konfisziert, viele von ihnen wurden erst Jahrzehnte später wieder zugänglich. Getilgt werden sollten dabei vor allem die Namen von in Ungnade gefallenen Personen, aber auch ein »zu düsteres« Bild der jüngsten Geschichte, insbesondere der Blockade Leningrads.

Eva Binder

»Leningrads Heldentat«

Die filmische Verarbeitung der Blockade

Die Filme über die Blockade sind ein Spiegel der Erinnerungskultur. In der Nachkriegszeit dominierte das Narrativ von der heroischen Verteidigung der Stadt. Filme dienten der politischen Mobilisierung. In der Tauwetterperiode war es möglich, individuelle Geschichten zu erzählen. Unter Breznev wurde die Erinnerung an den Krieg standardisiert und sakralisiert. Erst danach thematisierten ideologiekritische Filme den Hunger, das Leiden und das massenhafte Sterben. Bis in die 1980er Jahre entstanden Spielfilme über die Blockade, darunter monumentale Kriegsepen und Kinderfilme. Heute wird in Russland die Erinnerung an die Blockade durch dokumentarische Genres wachgehalten. Die Bandbreite reicht von Fernseh-Infotainment bis zu künstlerisch herausragenden Dokumentarfilmen. Den Kern der Darstellung bilden die erschütternden Aufnahmen des Winters 1941/42.

»Die Geschichte bleibt unverstanden«

Sergei Loznitsa über den Krieg in seinem Werk

Der Filmemacher Sergei Loznitsa wendet sich in seiner Arbeit immer wieder dem Zweiten Weltkrieg zu. Sein Montagefilm *Blokada* von 2005 über die Belagerung Leningrads steht in krassem Gegensatz zur gängigen, TV-tauglichen Dokumentarfilm-Ästhetik. Dennoch ist er in Russland sehr erfolgreich. In seinem aktuellen Spielfilmprojekt befasst Loznitsa sich mit dem Krieg: einer Vergangenheit, die nicht vergehen kann, solange sie nicht ernsthaft reflektiert wird.

Michael Melnikow

Abbild ohne Original

Die Blockade Leningrads im Fernsehen

Das Fernsehen nimmt sich der Leningrader Blockade regelmäßig an. Sie bietet Stoff für Nachrichten, Dokumentationen und fiktionale Mehrteiler. Alle Formate nutzen jedoch die gleichen leicht verständlichen Zeichen. So entsteht ein Konstrukt von Realität, das der Unterhaltung und der Verklärung der Vergangenheit dient. An die Stelle der Erinnerung rückt die Simulation, mit ernsthafter Reflexion oder Aufarbeitung der Vergangenheit hat das nichts zu tun.

Susanne Brammerloh

Brüchige Erinnerung

Die Geschichte des Blockademuseums

Wer das »Staatliche Gedenkmuseum für die Verteidigung und Belagerung von Leningrad« am Soljanoj pereulok besucht, ahnt nichts von seiner dramatischen Geschichte. Noch während der Belagerung durch die Wehrmacht entstand 1942 unmittelbar nach dem Hungerwinter eine erste Ausstellung. Daraus ging ein Museum hervor, das sich großen Zuspruchs erfreute, ehe es im Spätstalinismus im Zuge der »Leningrader Affäre« geschlossen wurde. Die meisten Exponate wurden vernichtet. Erst in der Perestrojka wurde das Blockademuseum wiedergegründet. Nun soll eine neue Dauerausstellung an eine der größten Tragödien im Zweiten Weltkrieg erinnern.

Katja Meyer

Auftakt zur Partnerschaft

Leningrad und Hamburg 1957

Die Städtepartnerschaft von Leningrad und Hamburg ist bemerkenswert. Obwohl Leningrad besonders stark unter der deutschen Kriegführung gelitten hatte, schlug die Sowjetunion eine Partnerschaft mit Hamburg vor. Die Hansestadt zeigte sich aufgeschlossen. Das stieß auf heftige Kritik der Bundesregierung. Trotzdem begann eine pragmatische Zusammenarbeit. Sie gab der Entspannungspolitik Vorschub und brachte die beiden Hafenstädte einander näher.

Elfie Siegl

Die doppelte Tragödie

Anna Reid über die Leningrader Blockade

Am 8. September 1941 schloss die Wehrmacht den Belagerungsring um Leningrad. Mindestens 750 000 Einwohner verhungerten. Diesem Kriegsverbrechen ist Anna Reids Studie gewidmet. Sie zeigt: Die Verantwortung für den Völkermord liegt bei der NS-Führung und der Wehrmacht. Doch Fehlentscheidungen, Inkompetenz, Desorganisation und Menschenverachtung auf Seiten der sowjetischen Führung verschärften das Ausmaß der Katastrophe, die so zu einer doppelten Tragödie wurde.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de